

12/2020

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN

STACHLIGE ARGUMENTE

No.204



Schwerpunkt

ZUSAMMEN WIRD'S WAS

Solidarisch und weltoffen.

Umbau der Stadt
Die Weichen sind richtig gestellt

Umweltgerechtigkeit
**Klimaschutz und die soziale
Lage zusammendenken**

Antidiskriminierung
How to be an ally!



GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

WAS IST EIGENTLICH DAS TIERSCHUTZVERBANDS- KLAGERECHT?

Das im August vom Abgeordnetenhaus beschlossene Tierschutzverbandsklagerecht ermöglicht es Tierschutzorganisationen praktisch stellvertretend für die Tiere zu klagen. Es löst damit ein zentrales Problem im Tierschutz. Denn bisher galt der juristische Grundsatz, dass nur klagen kann, wer selbst von einem Rechtsverstoß betroffen ist. Doch von Verstößen betroffene Tiere können naturgemäß keine Klage erheben. Tierschutzorganisationen wiederum könnten klagen, sind aber nicht von Verstößen betroffen. Das Tierschutzverbandsklagerecht löst dieses Dilemma erstmals auf. Es ist damit ein Meilenstein in Sachen Tierschutz.

Seit September können anerkannte Tierschutzorganisationen nicht nur einschreiten, wenn behördliche Maßnahmen gegen tierschutzrelevante Vorschriften verstoßen, sondern Behörden auch dazu verpflichtet, gegen tierschutzwidriges Verhalten vorzugehen. Zudem erhalten sie auch Mitwirkungsrechte bei der Vorbereitung tierschutzrelevanter Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Auch bei Genehmigungen für das Züchten und Halten von Versuchstieren müssen Tierschutzverbände künftig einbezogen werden. So fördert Berlin den Tierschutz. So machen wir Berlin zur Tierschutz-Stadt.

Von Dr. Dirk Behrendt

EDITORIAL

ZUSAMMEN WIRD'S WAS

Corona hält nach wie vor die Welt im Atem. Mit Beginn der kalten Jahreszeit hat das Infektionsgeschehen wieder an Fahrt aufgenommen und seit Anfang November befinden wir uns in einem »Lockdown light«. Eine belastende Situation für uns alle, ganz besonders aber für Bildungs-, Pflege- und Kultureinrichtungen. Den Auswirkungen auf diese Bereiche widmen wir deshalb in dieser Ausgabe ein besonderes Augenmerk.

Die Pandemie hat uns allerdings auch vor Augen geführt, wie wichtig Mitmenschlichkeit und Solidarität sind. Und was wir alles schaffen können, wenn wir es zusammen anpacken. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich deshalb der Frage, wie echter Zusammenhalt entsteht. Und wie eine vielfältige und offene Gesellschaft zusammenwachsen kann, wenn alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt und beteiligt werden.

Auch Parteileben wird durch die Pandemie erschwert. Unser Parteitag im Oktober konnte nur unter strengsten Hygienevorschriften stattfinden, ohne die sonst üblichen Momente des ausgelassenen Miteinanders. Den für November geplanten Parteitag mussten wir gar in den Dezember verschieben. Unsere dort zur Wahl stehende Kandidatin fürs Amt der Regierenden Bürgermeisterin wollten wir euch aber dennoch schon in dieser Ausgabe vorstellen.

Doch nun viel Spaß beim Lesen.

Wenn ihr Vorschläge oder Ideen habt, meldet euch gerne unter stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

01 INHALT

DISKURS

- 02** WAHL
EIN GRÜNES RATHAUS FÜR BERLIN!
- 04** CORONA
ZUSAMMEN GEGEN HASS UND
UNVERNUNFT
- 05** BILDUNG
AUS DER KRISE LERNEN –
NEUE WEGE FÜR DIE SCHULE
- 06** PFLEGE
PFLEGE IM AUSNAHMEZUSTAND
- 07** VERWALTUNGSREFORM
ESSENZIELL, ABER UNSEXY
- 08** UMBAU DER STADT
DIE WEICHEN SIND RICHTIG GESTELLT
- 10** DEKOLONISIERUNG
GEGEN DAS VERGESSEN
- 12** ANTIDISKRIMINIERUNG
HOW TO BE AN ALLY!
- 13** WAS TUN!
FAIR SPRECHEN
- 14** UMWELTGERECHTIGKEIT
KLIMASCHUTZ UND DIE SOZIALE LAGE
ZUSAMMENDENKEN

SCHWERPUNKT

16 ZUSAMMEN WIRD'S WAS SOLIDARISCH UND WELTOFFEN

Soziale Garantien statt Bürokratie-Chaos
Das neue Moria ist noch schlimmer als das alte
Inklusion: eine Querschnittsaufgabe
Das Alter ist bunt und vielgestaltig
Wie Milieuschutz Zusammenhalt sichern kann
Die Hälfte der Macht den Frauen
Zusammenhalt in Vielfalt

VOR ORT

- 26** FRAKTION, LAGen, AGen,
KREISVERBÄNDE
- ZUSAMMENBRINGEN
WAS ZUSAMMEN GEHÖRT
- BERLIN FÜR FAIR-TRADE,
NACHHALTIGKEIT UND FRIEDEN
- KULTURSZENE IN NOT

- DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN
- GEGEN DEN AUSVERKAUF
DER STADT
- RECHTER TERROR IN NEUKÖLLN
- ROLLE RÜCKWÄRTS IN REINICKENDORF

02**WAHL**

EIN GRÜNES RATHAUS FÜR BERLIN

Als Berliner Bündnisgrüne stehen wir vor einer historischen Chance: Erstmals in unserer 40-jährigen Geschichte das Rote Rathaus zu erobern. Und damit Klimaschutz, Verkehrswende und soziale Gerechtigkeit endlich zur Chefsache zu machen. Oder besser gesagt: zur Cheffinnensache. Denn im Oktober haben wir Bettina Jarasch als unsere Kandidatin fürs Amt der Regierenden Bürgermeisterin vorgeschlagen.

Ob Klimakrise, Corona-Pandemie oder Verdrängung: Berlin steht vor enormen Herausforderungen. Diese können wir nur gemeinsam meistern, indem wir die progressiven Kräfte aus allen gesellschaftlichen Milieus zusammenbringen. Der Umbau zu einer lebenswerten und modernen Stadt mit bezahlbaren Mieten, menschenfreundlicher Mobilität und lebendiger Stadtnatur wird uns nur gelingen, wenn wir alle im Blick haben und auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft gemeinsam Antworten finden. Nur so bleibt Berlin vielfältig, in den Kiezen und in den Köpfen der Menschen. Nur so macht Veränderung keine Angst.

Berlin und seine Bewohner*innen haben sich in den letzten 100 Jahren ihres Bestehens schon so oft erneuert – sie wissen, dass Veränderung eine Chance sein kann. Aber nur dann, wenn wir es gut machen – und gemeinsam! Deshalb muss auch die nächste Regierende Bürgermeisterin genau das können: Menschen zusammenbringen, verbinden und für die Vision einer grünen Zukunft begeistern. Wir sind überzeugt: Bettina Jarasch ist die beste Wahl dafür. Sie ist eine begeisterte Politikerin, die Menschen mitnehmen kann und hat im Bund wie im Land Zukunftsthemen geprägt. Als Landesvorsitzende hat sie die Berliner Bündnisgrünen nach einer schwierigen Phase mit großem Einfühlungsvermögen und Geschick geeint und in die Regierung geführt. Eine solche Führung braucht es im Roten Rathaus.

Bettina setzt sich seit Jahren unermüdlich für die Belange von Geflüchteten ein und steht wie keine zweite für ein weltoffenes und tolerantes Berlin. Eine Stadt, in der es egal ist, woher Du kommst und nur zählt, wohin Du willst. Dafür will Bettina weiter Bündnisse schließen und Brücken bauen. Besonders liegt ihr die Vision einer Stadt am Herzen, in der Menschen aus allen Ecken der Stadt auch ohne Auto schnell, sicher und bequem durch die ganze Stadt kommen. In der Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sind, sondern sich gegenseitig befruchten. In der alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel und der Wohnlage frische Luft und saubere Grünflächen haben. Und vor allem eine Stadt, in der Klimaschutz endlich großgeschrieben wird. Denn es gibt keinen Planet B, nicht für uns, nicht für Klimaflüchtlinge und erst recht nicht für unsere Kinder.

**Für die Veränderungen,
die vor uns liegen,
müssen wir alle im Blick haben.
Denn die besten Ideen für
die Zukunft werden wir nie
alleine entwickeln, sondern
nur aus der Gesellschaft
heraus und mit den Menschen
zusammen.**

03**WAHL**

Nina Stahr, Bettina Jarasch und Werner Graf, Foto: @Dominik Butzmann

Von Start-Ups, die grüne Innovationen vorantreiben, bis zu Verbraucher*innen, die für fairen und nachhaltigen Konsum kämpfen: Zukunftskräfte gibt es zum Glück überall in unserer Stadt. Unter denen, die schon immer hier gelebt haben genauso wie unter denen, die zugezogen oder eingewandert sind. Und auch der Kampf gegen Armut wird von Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebenswelten geführt, in allen Kiezen und Ortsteilen. Von Eltern mit kleinen Kindern genau wie von älteren Menschen, von Gewerkschafter*innen und Gewerbetreibenden und genau wie von Glaubensgemeinschaften.

Nur wem es gelingt, alle diese Zukunftskräfte zu bündeln, wird Berlin erfolgreich in die Zukunft führen. Deshalb ist Bettina Jarasch die richtige Wahl für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin. Denn Bettina lebt das Bündnis der Zukunftskräfte unterschiedlicher Milieus: Sie stammt aus einer Unternehmerfamilie, lebt im bunten Kreuzberg und engagiert sich in der katholischen Kirche. Durch ihre Wahlkreisarbeit in Heinersdorf und Spandau ist sie bestens vertraut mit den

Belangen der Quartiere und Bezirke jenseits des S-Bahn-Rings. Sie kümmert sich seit vielen Jahren um die gesellschaftlich aufgeladenen Themen Religion, Integration und Flucht und bringt dabei Menschen aus allen Gesellschaftsgruppen zusammen. Das heißt für sie, sich auf linken Demos genauso wie auf dem Kirchentag für Geflüchtete einzusetzen, denn gerade bei so schwierigen Themen brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse.

Wir sind überzeugt: Bettina Jarasch ist die beste Person, um ein Bündnis der Zukunftskräfte dieser Stadt zu schmieden und Berlin in eine grüne Zukunft zu führen. Am 12. Dezember wollen wir sie auf unserer Landesdelegiertenkonferenz zur Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin wählen. Mit ihr und gemeinsam mit euch wollen wir nächstes Jahr das rote Rathaus erobern.

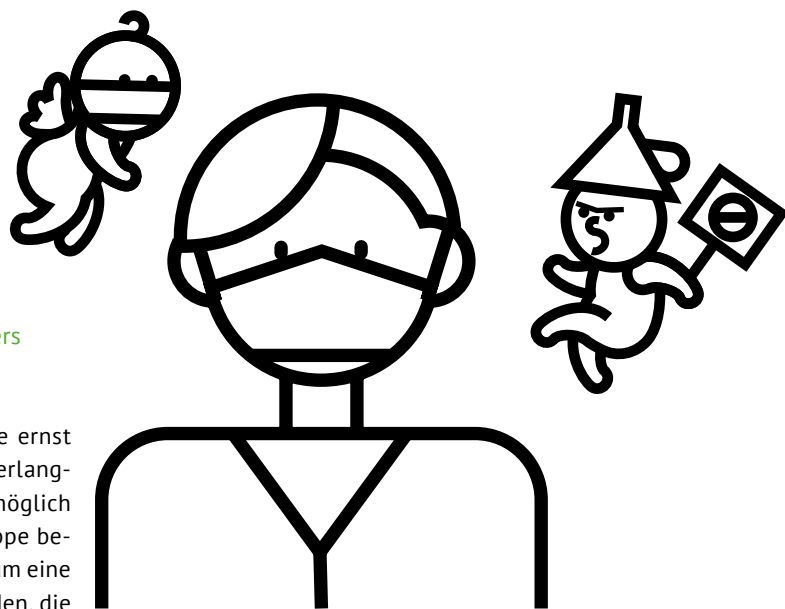
Von Nina Stahr und Werner Graf,
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin

ZUSAMMEN GEGEN HASS UND UNVERNUNFT

Nach einem einigermaßen entspannten Sommer mit geringen Fallzahlen und nur wenigen Restriktionen hatte es der Corona Herbst wieder in sich. Durch kühlere Temperaturen verlagerte sich soziales Leben mehr und mehr in Innenräume, wo das Virus bekanntlich deutlich leichter übertragen wird. Gleichzeitig war eine gewisse Corona-Müdigkeit zu spüren, die leichtsinniges Verhalten begünstigt haben dürfte – in allen Bevölkerungsgruppen. Umso weniger hilfreich ist es, die junge Generation besonders an den Pranger zu stellen.

Wir sind alle gleichermaßen gefordert, die Pandemie ernst zu nehmen und die Ausbreitung des Virus soweit zu verlangsamen, dass eine Rückverfolgung von Fällen wieder möglich wird. Nicht nur um die zu schützen, die als Risikogruppe besonders von dem Virus gefährdet sind. Sondern auch um eine erneute Schließung von Kitas und Schulen zu vermeiden, die katastrophale Auswirkungen für eine ganze Generation von jungen Menschen hätte. Bei allem Verständnis für Frustration und einem Wunsch nach Normalität, ist Solidarität und Zusammenhalt nach wie vor das Gebot der Stunde.

Wer dennoch weiter durch Berlin marschiert, um lautstark Verschwörungstheorien und Hetze zu verbreiten und dabei Menschen mit Masken sogar offen anfeindet, hat die Zeichen der Zeit echt nicht verstanden.



Wer angesichts der über 1 Millionen Todesfälle weltweit das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes einzig als inakzeptablen Einschnitt in die persönlichen Freiheit wahrnimmt, hat ein wirklich perfides Verständnis von Freiheit. Und wer angesichts von Maßnahmen, die uns alle – aber besonders die Schwächeren unter uns – schützen sollen, von »Merkel-Diktatur« faselt und zum wortwörtlichen Sturm auf unsere Demokratie aufruft, dem ist fast nur zu wünschen, nur für einen Tag mal eine echte Diktatur zu erleben.

Einem solchen Ausmaß an Hass, Unvernunft und Dummheit müssen wir uns entschieden entgegenstellen. Und trotz allem gebotenen Abstand aufeinander achten und füreinander da sein, damit wir alle gut durch den Corona-Winter kommen.

Von Johannes Frericks

AUS DER KRISE LERNEN

NEUE WEGE FÜR DIE SCHULE



Eine Umfrage des Bezirkseleiternausschuss Pankow unter 4.500 Eltern hat ergeben, dass 99% der Grund- und 87% der Gymnasialschüler*innen Unterstützung beim Fernunterricht benötigten.

Die seit Herbstbeginn stark gestiegenen Infektionszahlen haben uns alle in Schrecken versetzt. Zu tief sitzt die Erinnerung an die Schulschließung im Frühjahr und die damit verbundenen Wochen des häuslichen Lernens. Während Eltern ihren Jahresurlaub aufgebraucht hatten, um ihre Kinder beim Lernen unterstützen zu können, sind viele Schüler*innen wieder zu den Anfängen der Pädagogik zurückkatapultiert worden. Nichts da mit Gruppenarbeiten – dutzende Seiten stupider Arbeitsblätter durften abgearbeitet werden. Wenn überhaupt, für manche Schüler*innen war diese Zeit ein Totalausfall. Ein einzelnes technisches Endgerät für alle Geschwister, aufgebrauchtes Datenvolumen und Eltern, die sich um ihre Existenz sorgten, waren an der Tagesordnung. Kein gutes Lernumfeld.

Gleichzeitig gab es diejenigen Schüler*innen, die mit eigenem Tablet, Unterstützung der Eltern und Videosprechstunde mit ihren Lehrer*innen vergleichsweise gut durch die Schulschließungen kamen. Stress, wessen Arbeit jetzt wichtiger ist, wer die Kinder beim häuslichen Lernen unterstützt, gab es unter den Müttern und Vätern trotzdem.

Wenn uns die Corona-Krise eine Sache gezeigt hat, dann wie wichtig die Schule, bei all ihren aktuellen Mängeln, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Auch deshalb muss Politik nun alles daran setzen, erneute Schließungen von ganzen Schulen zu vermeiden. Aber wie das?

Mit Hilfe den Schulen! Sie haben inzwischen Pläne erarbeitet, um im Falle der Fälle die Gruppen zu teilen, so dass die eine Hälfte in der Schule, die andere zu Hause lernen kann. So kann für benachteiligte Schüler*innen eine Betreuung in der Schule gewährleistet werden.

Jedoch bleiben Fragen: Wie sollen die Pädagog*innen parallel die Schüler*innen in der Schule und zu Hause unterrichten? Statt echtem hybriden Lernen wurde ein Konzept des schulisch angeleiteten Lernens zu Hause, kurz saLzH erarbeitet. Umgesetzt bedeutet dies meist, dass die Aufgaben in den digitalen Lernraum gestellt werden oder die Pädagog*innen die Materialien fürs zu Hause Lernen mitgeben. Aber wer übernimmt die Anleitung, die Beaufsichtigung? Viele engagierte Pädagog*innen werden Doppelschichten schieben, ihnen liegen ihre Schüler*innen am Herzen. Sie wissen, dass manche Eltern das schulisch angeleitete Lernen zu Hause nicht beaufsichtigen können und die Kinder auf sich gestellt sind.

Und nun?

Wir werden wohl schauen müssen, was die Schulen sich überlegt haben. Wir werden mit den Beteiligten die Konzepte weiterentwickeln und sie in der ganzen Stadt verteilen müssen. Und wir werden mutig sein müssen. Keineswegs fahrlässig, aber mutig.

Von Louis Krüger und Carola Ehrlich-Cypra für die LAG Bildung

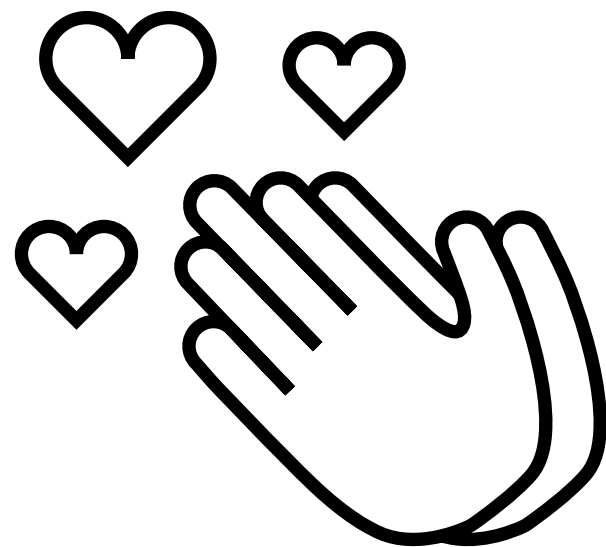
PFLEGE IM AUSNAHME ZUSTAND

HELD*INNEN MIT PERSÖNLICHER UND PROFESSIONELLER KOMPETENZ

Die Corona Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Belastungsprobe und hat unser aller Lebens- und Arbeitswelt hart getroffen. Doch für kaum einen Bereich gilt das so sehr wie den der Pflege – für Personal, Gepflegte und Angehörige gleichermaßen.

»Erst keine Besuche und jetzt geht und wechselt ständig das Personal« äußert sich Monika Schmidt, die als Angehörige regelmässig ein Altenheim in Spandau besucht. Die daraus resultierende Frustration und Sorgen aufzufangen ist auch Aufgabe der Pflege. »Erklären, Erläutern, Beruhigen«, beschreibt Uwe Koslowski, Altenpfleger in Steglitz, die derzeitige Herausforderung. Hygienemaßnahmen, Registrierung und Verunsicherung der Patient*innen belasten Pflegenden und verschlimmern die Auswirkungen des Personalmangels zusätzlich. Lutz Bardorf, Patient der Charité, berichtet, dass notwendige Anwendungen chronisch Erkrankter von einem Tag auf den anderen eingestellt wurden, da Mitarbeiter*innen auf anderen Stationen benötigt wurden.

Zwischenmenschliche Kontakte, Gespräche und Zuwendung waren für viele schon vor der Pandemie Mangelware. Andrea Hübner, Krankenpflegerin in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie sah sich und das Klinikpersonal während der Kontaktsperre als Bezugspersonen besonders gefordert. »Glücklicherweise hat uns die Klinikleitung in der ersten Welle der Pandemie mit guter Kommunikation, Information und Organisation den Rücken gestärkt«, schildert Hübner erleichtert. Pflegepersonal stecke sich doppelt so häufig mit dem Virus an. Dass »der Kelch bisher an uns vorübergegangen ist«, führt Altenpfleger Uwe auf die konsequente Disziplin im Umgang miteinander zurück.



»Wir waren alle da, alle im Einsatz. Jetzt ist die Stimmung gereizt und Krankmeldungen sind hoch.«

Eine Studie der Universitäten Augsburg und München zeigt, dass Pflegekräfte und Ärzt*innen die Herausforderung trotz ansteigender psychischer Belastung mit hoher Kompetenz meistern. Dennoch sind »Mein Alltag ist durch die Covid-19-Pandemie stressiger geworden« oder »Seit Beginn der Pandemie schlafe ich weniger gut« oft gehörte Sätze. Die berechtigte Befürchtung Familie und Freundeskreis zu infizieren belastet das Privatleben zusätzlich. Das kann Sevill*, Altenpflegerin im Zentrum Berlins bestätigen: »Wir waren alle da, alle im Einsatz. Jetzt ist die Stimmung gereizt und Krankmeldungen sind hoch.«

Doch wie bedanken wir uns als Gesellschaft nun bei den vielbesungenen Held*innen der Krise? Andrea Hübner findet dazu klare Worte: »Die anhaltende Diskussion um eine Prämie ist beschämend. Wertschätzung muss sich in dauerhaft guter Bezahlung für die Pflege ausdrücken.«

Von Wolfgang Schmidt, LAG Gesundheit und Soziales
*Name durch die Redaktion geändert

ESSENZIELL, ABER UNSEXY

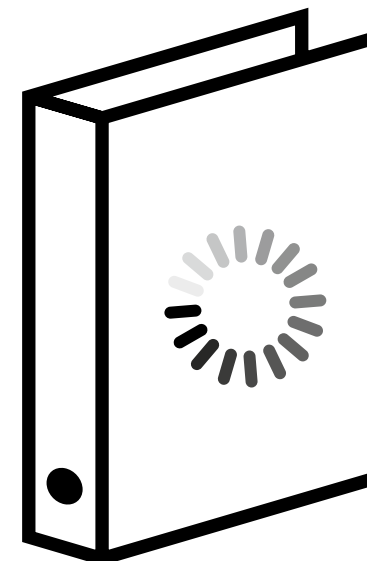
VERWALTUNGSREFORM

Vor ein paar Wochen hat Monika Herrmann zusammen mit Sören Benn und Frank Nägele einen Vorschlag für eine Verfassungsreform vorgelegt.¹ Die drei Autor*innen eint über Parteigrenzen und Verwaltungsebenen hinweg die Überzeugung, dass die Governance Berlins ein Update benötigt, für das selbst

Dreh- und Angelpunkte einer jeden Behörde bleiben deren formale Struktur und Ressourcenausstattung.

das scharfe Schwert einer Verfassungsänderung nicht übertrieben scheint. Die Debatte ist intellektuell reizvoll und angesichts der dramatischen Probleme der Berliner Exekutive notwendig. Sie sollte jedoch nicht davon ablenken, dass es vor allem die Brot-und-Butter-Themen sind, denen wir uns akut und im Wahlprogramm zuwenden müssen.

Fragen der internen Organisation von Behörden, der öffentlichen Datensoveränität und der effizienten Verfahren sind essentiell aber unsexy, und geraten deshalb oft in den Hintergrund. Häufig versteckt sich die Debatte um eine bessere Verwaltung zudem hinter mystischen Begriffen, die den großen Wandel verheißen.



Hinter Wörtern wie »Kulturwandel« oder auch »Digitalisierung« steckt die Annahme, dass sich mit einer neuen Generation von Mitarbeitenden oder mit neuen Technologien die meisten Probleme in Zukunft ohne weiteres Zutun erledigen werden. Das ist ein Irrtum.

Dreh- und Angelpunkte einer jeden Behörde bleiben deren formale Struktur und Ressourcenausstattung. Überlange Einstellungsverfahren, intransparente Abläufe oder ein unzureichendes Angebot an Bürgeramtsterminen sind keine Probleme, die aus Kultur entstehen. Es sind Strukturprobleme. Dass die Einführung der landesweiten E-Akte verzögert wurde ist zweifelsfrei desaströs – als Treiberin der Digitalisierung kann aber auch sie nur funktionieren, wenn die grundsätzlichen organisatorischen Basisaufgaben vorher bearbeitet wurden.

Eine bessere Verfassung für Berlin kann daher ein lohnendes Ziel sein, auf das sich eine Stadtgesellschaft nach jahrelanger Debatte geschlossen einigt. Sie löst Probleme aber nur, wenn wir die Zeit bis dahin dafür nutzen, auf Basis einer ehrlichen Analyse des Ist-Zustandes die alltäglichen Herausforderungen anzugehen, damit auch neue Steuerungsinstrumente und Zuständigkeitsklärungen nicht an der behördlichen Alltagsrealität scheitern.

Von Peter Broymann
¹ <https://gruenlink.de/1vab>

DIE WEICHEN SIND RICHTIG GESTELLT

Berlin wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur autogerechten Stadt umgebaut. Was dem Autoverkehr im Weg stand, wurde abgerissen. Städtebauliche Unorte entstanden. Unfälle, Stau, Abgasschwaden und Lärm beherrschen die Straßen. Spätestens seit den Siebziger Jahren regt sich dagegen Widerstand. Seit Jahren wird beteuert, menschen- und umweltverträglichere Verkehrskonzepte umzusetzen. Doch die rechtlichen Rahmenbedingungen, ob StVO oder Straßenbaurichtlinien, stehen einem Wandel im Weg.

Auch wenn wir den teuersten Autobahnbau Deutschlands quer durch Berlin nicht verhindern konnten, wir haben den Kurswechsel zu einer modernen und nachhaltigen Mobilität in Berlin eingeleitet. Für viele zu langsam und zu wenig, aber unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz haben wir den Vorrang des Umweltverbundes vor dem Autoverkehr rechtlich verankert. Adieu autogerechte Stadt von gestern! Wir haben die Strukturen in der Verwaltung auf die Verkehrswende ausgerichtet. Für den Radverkehr wurde die infraVelo aufgebaut, in Bezirken und Senatsverwaltung Personal für den Radverkehr und für die Tramplanung eingestellt. Die viel gescholtene Verkehrslenkung Berlin (VLB) wurde umstrukturiert und zählt jetzt mit der Anordnung von Protected Bike Lanes und Pop-up-Radwegen zur Avantgarde.

+ 15.000
NEUE FAHRRAD-STELLPLÄTZE

+ 1.500
NEUE U-BAHNWÄGEN
(4x so viel wie in den letzten 20 Jahren zusammen)

+ 2.160
NEUE S-BAHNWÄGEN
(4x so viel wie in den letzten 25 Jahren zusammen)

+ 130 km
NEUE RADWEGE
Bereits umgesetzt.

+100 km
RADSCHNELLVERBINDUNGEN
auf den Weg gebracht

Es liegt noch ein großer Berg Arbeit vor uns, bis all die neuen Fahrzeuge die neuen Schienenstränge befahren, die Radverkehrsinfrastruktur und die Barrierefreiheit, die gebraucht wird, tatsächlich da ist. Denn der Rückbau der Stadt, weg von der jahrzehntelang praktizierten Ideologie alles dem Auto unterzuordnen und hin zu einer Stadt, die vom Menschen aus gedacht wird, ist nicht innerhalb von fünf Jahren möglich. Aber wir sind auf gutem Wege zu einer sicheren, barrierefreien, bezahlbaren, vernetzten, komfortablen und klimafreundlichen Mobilität für Alle in Berlin.

Von Harald Moritz, MdA, Sprecher für Verkehrspolitik

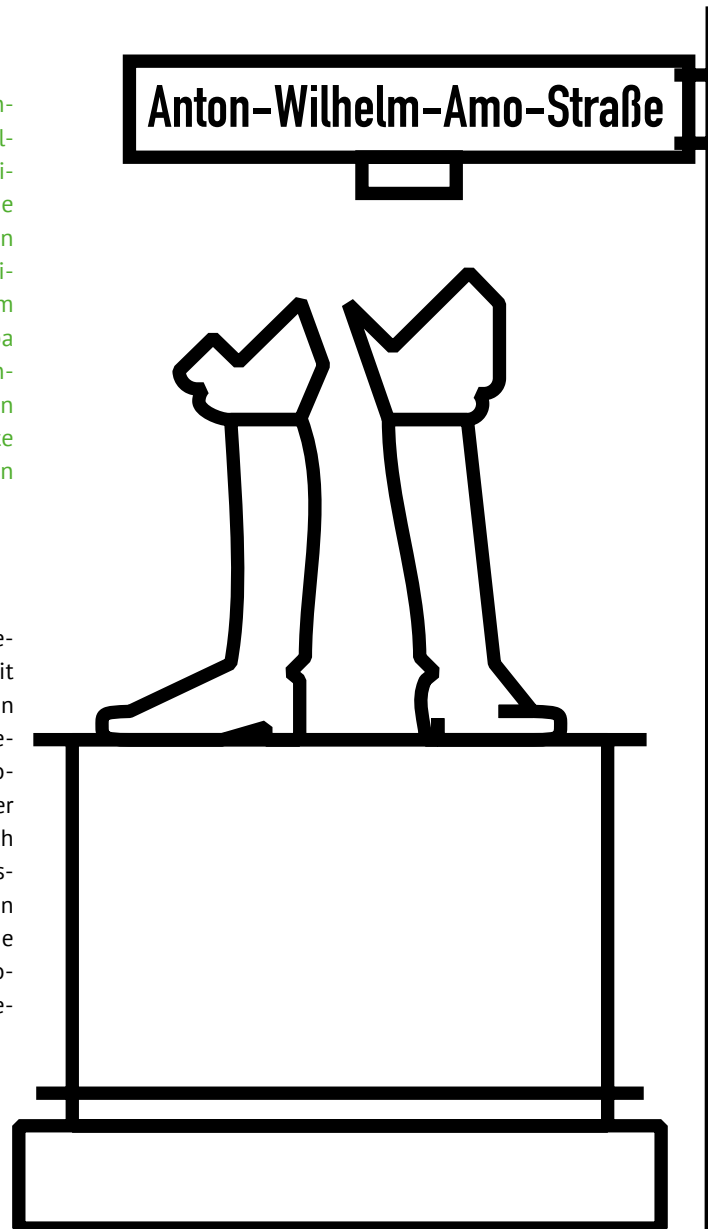
GEGEN DAS VERGESSEN

VERANTWORTUNG
FÜR KOLONIALE VERGANGENHEIT ÜBERNEHMEN

Die koloniale Vergangenheit ist bis heute wirkungsmächtig – in den ehemaligen Kolonien, aber auch in den Gesellschaften der früheren Kolonialstaaten. So prägen den afrikanischen Kontinent nach wie vor territoriale Grenzen, die im 19. Jahrhundert von europäischen Akteur*innen gezogen worden sind. Die meisten Beziehungen zwischen afrikanischen und europäischen Ländern sind weiterhin von einem Ungleichgewicht geprägt, vor allem ökonomisch. In Europa und Berlin begegnet uns diese Vergangenheit und Gegenwart in Gestalt von Straßennamen, Denkmälern oder in Museen: Hier lagern noch immer zigtausend Kunstobjekte und *human remains*, die ihren Herkunftsgesellschaften in der Kolonialzeit entwendet worden sind.

KOLONIALE AMNESIE

Umso irritierender ist es, dass in der (deutschen) Erinnerungskultur die eigene Kolonialvergangenheit lange Zeit weitgehend ausgeblendet worden ist. In den vergangenen Jahren haben zivilgesellschaftliche Organisationen mit de- und postkolonialer Ausrichtung, Schwarze Vereine und afro-diasporische Gruppen diese »koloniale Amnesie« immer lauter kritisiert. Sie fordern, dass die Vergangenheit endlich kritisch aufgearbeitet wird. Zu Recht, denn der deutsche Kolonialismus stand dem englischen, französischen oder belgischen in puncto Grausamkeit in nichts nach. Es ist eine gemeinsame aber letztlich geteilte Geschichte der Nachfahren der Kolonisierten und der Kolonisator*innen, die sich in alle betroffenen Gesellschaften tief eingeschrieben hat.



DEUTSCHER KOLONIALISMUS

Die Hauptstadt des deutschen Kaiserreichs war ein wichtiges politisches und strategisches Zentrum des kolonialen Zeitalters. Auf der sogenannten Berliner Afrika-Konferenz 1884/85 wurde der afrikanische Kontinent von Vertretern europäischer Staaten quasi am Reißbrett untereinander aufgeteilt. Deutschland sicherte sich Einflussphären im Osten, Süden und Westen. Erst mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg fand das deutsche Kolonialreich sein formales Ende, aber keineswegs der Traum von seinem Wiederaufbau: Auch in den 1920er und 1930er-Jahren waren Deutsche in den ehemaligen Kolonien wirtschaftlich präsent, etwa indem sie Plantagen unterhielten. Erst mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Terror-Herrschaft und der Gründung der Bundesrepublik rückte diese Epoche in den Hintergrund – und wurde sogleich verdrängt und vergessen.

KOLONIALE SPUREN

Dabei hatte der Kolonialismus bis zu dieser Zeit auch in Deutschland und Berlin tiefe Spuren hinterlassen. Allenthalben wurden »Kolonialwaren« zum Konsum angeboten und in der zeitgenössischen Kunst das »Exotische« gefeiert. In Zeitungen und der Populärliteratur wurden die Kolonisator*innen als Wegbereiter*innen der Zivilisation glorifiziert, in Zoos »wilde« Tiere und gar Menschen als »Wilde« ausgestellt und Kolonialverbrecher, wie Hermann von Wissmann, in Berlin wie andernorts mit der Benennung von Straßen geehrt. Diese und andere Darstellungen und Ereignisse prägten maßgeblich das Selbstbild einer vermeintlich überlegenen Gesellschaft von Weißen, der das natürliche Recht zukomme, über andere Teile der Welt zu herrschen, die von vermeintlich unterlegenen Schwarzen Menschen bevölkert seien. Das bis heute vorherrschende Bild eines »entwickelten« globalen Nordens und der »unterentwickelten« Länder des globalen Südens war geboren, einschließlich vieler rassistischer Stereotype und Vorurteile, die bis heute nachwirken.

DEKOLONIALISIERUNG IST EIN PROZESS, DER NIEMALS ABGESCHLOSSEN IST.

In Zeitschriften und der Populärliteratur wurden die Kolonisator*innen als Wegbereiter*innen der Zivilisation glorifiziert, in Zoos »wilde« Tiere und gar Menschen als »Wilde« ausgestellt und Kolonialverbrecher, wie Hermann von Wissmann, in Berlin wie andernorts mit der Benennung von Straßen geehrt. Diese und andere Darstellungen und Ereignisse prägten maßgeblich das Selbstbild einer vermeintlich überlegenen Gesellschaft von Weißen, der das natürliche Recht zukomme, über andere Teile der Welt zu herrschen, die von vermeintlich unterlegenen Schwarzen Menschen bevölkert seien. Das bis heute vorherrschende Bild eines »entwickelten« globalen Nordens und der »unterentwickelten« Länder des globalen Südens war geboren, einschließlich vieler rassistischer Stereotype und Vorurteile, die bis heute nachwirken.

GRÜNE POLITIK

Wir Grüne versuchen die berechtigte Forderung, Deutschlands Kolonialvergangenheit endlich kritisch aufzuarbeiten, auf allen politischen Ebenen aufzugreifen und voranzubringen. So hat das Abgeordnetenhaus in dieser Wahlperiode einen Antrag beschlossen, der von Daniel Wesener und Sebastian Walter gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickelt wurde und den Senat auffordert, ein gesamtstädtisches postkoloniales Erinnerungskonzept zu erarbeiten. Das soll unter anderem die Bereiche Kultur und Gedenken, Bildung und Wissenschaft, die Dekolonisierung des öffentlichen Raums und das Thema Antidiskriminierung umfassen, und dabei die Perspektiven und Expertisen der (Schwarzen) Zivilgesellschaft einbeziehen. In der Bezirkspolitik steht qua kommunaler Zuständigkeit das Thema Straßenumbenennungen an erster Stelle: So hat im Sommer

dieses Jahres die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte auf Grünes Betreiben die Umbenennung der M*straße beschlossen und damit eine langjährige Forderung Schwarzer Initiativen aufgegriffen. Im Herbst folgte die BVV Neukölln mit der Umbenennung der Wissmannstraße. Wie im Falle des Kreuzberger Gröbenufers, das 2010 nach der Schwarzen Dichterin und Aktivistin May Ayim benannt wurde, wird auch in Mitte und Neukölln zukünftig an Schwarze Persönlichkeiten erinnert werden (Anton Wilhelm Amo und Lucy Lameck).

ES BLEIBT VIEL ZU TUN

Uns Grünen ist bewusst, dass Dekolonisierung ein Prozess ist, der – wie jede Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur – niemals in toto abgeschlossen werden kann. Dabei müssen wir den Blick nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart richten und vorherrschenden kolonialen Bildern, Strukturen und Handlungsmustern nachspüren und diese überwinden. Dafür müssen wir den bis dato marginalisierten Stimmen endlich ausreichend Platz im politischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs einräumen.

Von Philmon Ghirmai

HOW TO BE AN ALLY!

Der Begriff Ally kommt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie Verbündete*r. Gemeint sind damit Menschen, die sich bewusst mit einer marginalisierten oder diskriminierten Gruppe verbünden, der sie selbst nicht angehören. Hier ein paar Tipps, wie du dich sinnvoll und langfristig für weniger privilegierte Menschen wie Schwarze, People of Colour oder Trans*Personen einsetzen kannst.

01

Einfach mal zuhören

Oft werden Betroffenen Erfahrungen abgesprochen und Situationen runtergespielt. Es ist für ohnehin marginalisierte Menschen ermüdend und anstrengend, sich immer wieder rechtfertigen zu müssen. Zuhören und versuchen zu verstehen, wäre also schon mal ein guter Anfang.

02

Privilegien bewusst machen

Privilegiert zu sein bedeutet nicht, alles im Leben geschenkt zu bekommen. Doch viele Hürden sind für nicht-weiße und nicht-cis Menschen deutlich höher. Sei es einen Job oder eine Wohnung nur wegen der Hautfarbe nicht zu bekommen, oder in Alltagssituationen anders behandelt zu werden. Werde dir dessen bewusst und handle entsprechend.

03

Die Stimme erheben

Wir alle scheuen uns vor unangenehmen Diskussionen. Leider bleibt den Betroffenen aber oft gar keine andere Wahl, wenn sie mit Diskriminierung konfrontiert werden. Wer das Privileg hat, sich aus solchen Gesprächen rauszuhalten zu können, sollte sich erst recht einmischen. Wenn in eurem Umfeld problematische Dinge gesagt werden: spricht es offen an. Wer schweigt, stimmt zu.

04

Erweitere deinen Horizont

Um weniger privilegierte Menschen besser zu verstehen, hilft es die Dinge aus ihrer Perspektive zu erleben. Ob Bücher, Serien oder Podcasts: es gibt unzählige Formate, die dir Erfahrungen von marginalisierten Menschen nahebringen. Erweitere auch deine Social Media Blase, z.B. indem du vermehrt Schwarzen, POC oder Trans-Autor*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen folgst.

05

Aktiv werden

Zeig deine Solidarität auf Demonstrationen, und bring deine Freund*innen mit. Unterschreib Petitionen und mach Werbung für sie. Unterstütze Organisationen und Initiativen und teile Aufrufe und Informationen. Such dir Gruppen in deiner Stadt, und frag wie du helfen kannst. Wenn du diskriminierendes Verhalten mitbekommst, biete Hilfe an und lass Betroffene nicht mit der Situation allein.

06

Denke kritischer

Dieser Punkt muss wie Zähneputzen zu deinem Alltag gehören. Hinterfrage Dinge, über die du dir vorher vielleicht gar keine Gedanken gemacht hast. Schau dir dein Arbeitsumfeld genauer an: Wie wird mit Diversität umgegangen? Beginne zu hinterfragen, was du siehst und hörst. Alles in allem: Werde aufmerksamer.

Von Teresia Harris

Teresia Harris ist Redakteurin und setzt sich für die Repräsentation marginalisierter Gruppen in der deutschen Medienwelt ein. Sie ist Mitglied im Afro Deutschen Akademiker Netzwerk und hat im Rahmen ihres Filmstudiums unter anderem die Webserie »SchwarzWeiss« mit konzipiert.

Eine längere Version dieses Textes inklusiver vieler Tipps von Serien bis zu unterstützenden Organisationen ist auf Mitvergnügen zu finden: <https://gruenlink.de/1va3>

FAIR SPRECHEN

DISKRIMINIERUNGSENSIBLE SPRACHE

Sprache ist ein wichtiges Mittel, um gegen Diskriminierung vorzugehen. Gleichzeitig trägt eine angemessene, faire Sprache zu einem respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander bei. Sprache transportiert Vorurteile und trägt dazu bei, diese am Leben zu erhalten. Mittels Sprache unterscheiden wir zwischen Menschen und Personengruppen und nehmen – bewusst oder unbewusst – Bewertungen vor.

WARUM EIGENTLICH NICHT SO?

farbig, Farbige*r

wird immer noch häufig verwendet, ist aber ein Begriff mit kolonialer Vergangenheit, der Menschen rassistisch einordnet.

an den Rollstuhl gefesselt

klingt nach »eingesperrt« und einem unglücklichen Leben.

Menschen mit Migrationshintergrund

häufig sind nur nicht-weiße Menschen gemeint; erhält eine Unterscheidung zwischen »richtigen« Deutschen und allen anderen aufrecht

WARUM NICHT EINFACH MAL SO?

Schwarze*r, Person of Color, ...

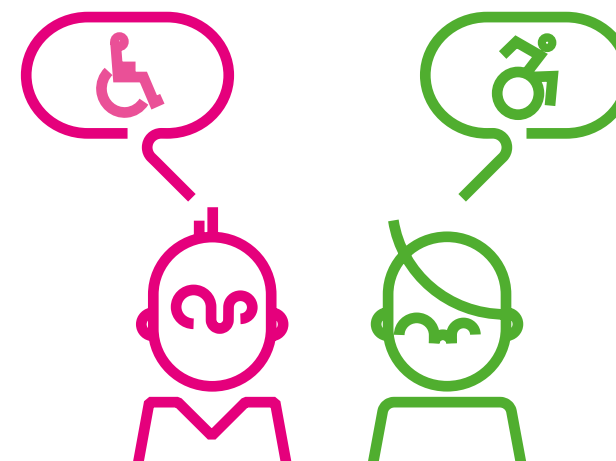
Besser sind Selbstbezeichnungen wie People of Color, Schwarze*r, Afrodeutsche*r, oder Afroamerikaner*in

benutzt einen Rollstuhl

macht deutlich, wofür ein Rollstuhl steht: für Beweglichkeit und Mobilität!

Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte

umschreibt gut, was gemeint ist, ohne Menschen eine eigene Einwanderungserfahrung zuzusprechen.



SIE KÖNNEN HANDELN, INDEM SIE SPRACHE BENUTZEN.

Lann Hornscheidt

Sprache kann Menschen diskriminieren und verletzen. Sie kann aber auch helfen, um genau dagegen vorzugehen. Betroffene kann sie ermächtigen sich zu wehren und dabei helfen, andere, neue Bilder zu erzeugen. Beim Thema Sprache geht es also nicht nur um Verständigung. Durch Sprache verhandeln wir immer auch gesellschaftliche Machtverhältnisse. Wir können sie stabilisieren oder in Frage stellen. Sprache schafft Wirklichkeit.

Von Anja Feth

Referentin für Frauen- & Gesellschaftspolitik

MEHR TIPPS

für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch findest du in unser Fibel »Fair Sprechen.« <https://gruenlink.de/1va7>

KLIMASCHUTZ UND DIE SOZIALE LAGE ZUSAMMENDENKEN

UMWELTGERECHTIGKEIT IN BERLIN

»Klimaschutz ist nur was für Besserverdienende«, ein gängiger Vorwurf am Wahlkampfstand. Das Gegenteil ist der Fall: Die Klimakrise trifft die, die am wenigsten dazu beigetragen haben, besonders hart. Das gilt weltweit wie in Berlin. Ärmere Menschen haben niedrigere pro-Kopf-Emissionen als reichere Menschen mit hohem Konsum. Doch während letztere in der Regel finanzielle Mittel haben sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen, sind sozial Benachteiligte ihnen ausgeliefert. Das hat auch gesundheitliche Folgen, denn Lärm, Hitze und Luftverschmutzung machen krank. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit denkt Umweltbelastungen, gesundheitliche Folgen und soziale Lage zusammen und bietet so ein gutes Analysetool, wo politisches Handeln prioritär nötig ist. Unser Anspruch muss sein, für alle Berliner*innen gesundheitlich unbedenkliche Umweltverhältnisse zu schaffen und damit letztlich auch Teilhabe zu ermöglichen.

UMWELTUNGERECHTIGKEIT IN BERLIN

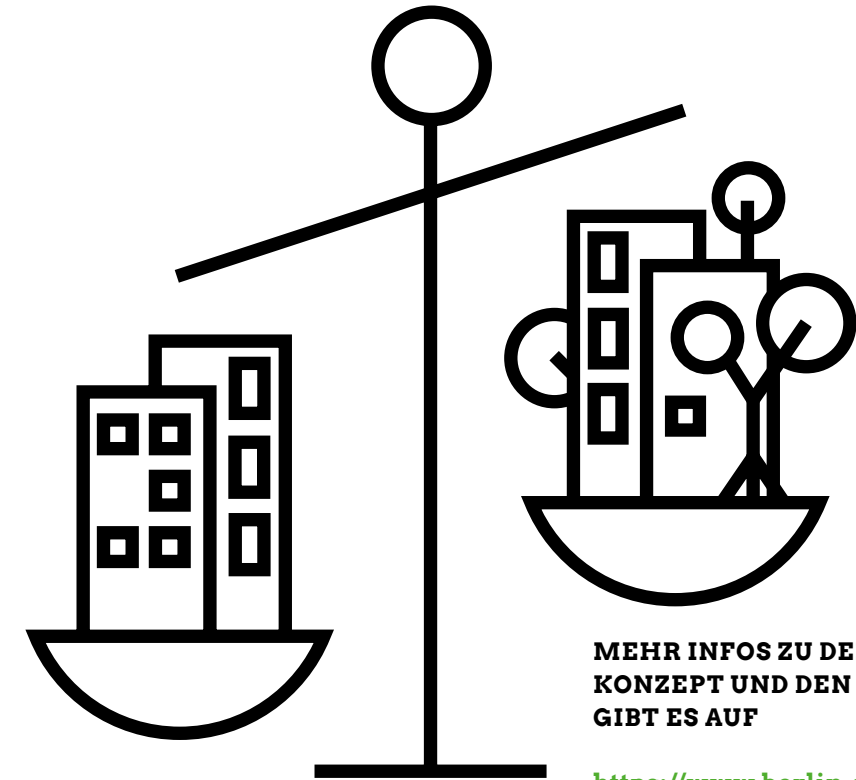
Wer an lauten, stickigen Straßen lebt, wird krank. An diesen Straßen wohnen überdurchschnittlich viele Menschen mit geringem Einkommen, weil die Mieten oft vergleichsweise günstig sind. Wer kann, zieht in ruhigere Gebiete. Die gesundheitlichen Folgekosten von Lärm und Luftverpestung sind immens, seien es Stress, Schlafstörungen oder Atemwegserkrankungen.

Die Klimakrise führt zu steigenden Temperaturen, eine Studie der ETH Zürich hat modelliert, dass Berlin 2050 im Schnitt 6 Grad heißer als momentan sein könnte. Gerade hoch verdichtete Quartiere ohne ausreichend Grünflächenversorgung werden dann zu Wärmeinseln. Wer einmal im Sommer in der Mittagshitze über eine große Kreuzung mit aufgeheiztem Beton geradelt ist, bekommt eine Ahnung davon, was ganzen Kiezen droht. Besonders Berliner*innen in kleinen, unsanierten Wohnungen sind auf abkühlende Grün- und Freiflächen angewiesen. Doch unser Stadtgrün ist ungleich verteilt, innerhalb und nah am Ring gibt es eine Unterversorgung und damit ein Mangel an Erholungsflächen.

UMWELTBELASTUNGEN MIT DER SOZIALEN LAGE ZUSAMMENDENKEN

Diese Umweltbelastungen müssen mit der sozialen Lage zusammengedacht werden. In mehrfach belasteten Quartieren gibt es häufig auch ausgeprägte soziale Problemlagen und das ist kein Zufall.

Das Land Berlin hat sich vor 10 Jahren auf den Weg gemacht diese Belastungen räumlich zu erfassen und auch zusammenzudenken. Daraus entstanden sind sehr quartierspezifische Karten, die die Belastungen aufschlüsseln. Diese räumlichen Planungskarten können im wahrsten Sinne des Wortes übereinandergelegt werden. So entsteht eine Karte Berlins, in der die verschiedenen Belastungen auf einen Blick erkennbar sind. Die meisten mehrfachbelasteten Quartiere befinden sich innerhalb und nah zum S-Bahn-Ring, aber auch in der direkten Nachbarschaft zum Flughafen Tegel liegt die maximale Belastung vor.



**MEHR INFOS ZU DEM
KONZEPT UND DEN KARTEN
GIBT ES AUF**

[https://www.berlin.de/sen/uvk/
umwelt/nachhaltigkeit/
umweltgerechtigkeit/](https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/)

WAS NOCH ZU TUN IST

Seit wir in Berlin mitregieren, haben wir schon einiges getan um die Umweltbelastungen zu reduzieren. Wir haben mehr Mittel für die Reinigung der Parks und die Pflege der Straßebäume bereitgestellt und unsere grüne Verkehrswende nützt gerade jenen, die von Lärm und Emissionen betroffen sind. Wir haben das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm nachgeschärft, um Berlin immerhin bis 2050 klimaneutral zu machen und damit die Folgen der Klimakrise abzuschwächen. Das war ein harter Kampf mit den Koalitionspartnern. Aber: Das ist zu wenig um das 1,5 Grad Ziel einzuhalten, hier muss mehr passieren. Wir dürfen die anderen Parteien nicht damit durchkommen lassen, wenn sie im Namen der »kleinen Leute« die Verkehrswende blockieren und auf Privilegien für Auto-Besitzer*innen beharren. Das ist sozial ungerecht und schadet eben jenen »kleinen Leuten« ganz besonders.

Wir haben mit dem Umweltgerechtigkeitsatlas ein gutes Instrument, um Mehrfachbelastungen zu erkennen. Jetzt müssen wir die Erkenntnisse zur verbindlichen Entscheidungsgrundlage machen. Berlin wächst und damit ist unglaublich viel Bautätigkeit verbunden. Wir müssen dafür sorgen, dass Umweltbedingungen in mehrfach belasteten Quartieren prioritär verbessert werden und die Umweltbelastungen von geplanten Projekten im Vorfeld abgeschätzt werden. Der Umweltgerechtigkeitsatlas muss daher regelmäßig aktualisiert werden.

Unsere Aufgabe ist es, die Anstrengungen in den Klimaschutz zu intensivieren – und den Zusammenhang von sozialer Lage und Klimaschutz immer wieder zu erklären. Nicht nur damit das Argument »Klimaschutz sei etwas für Besserverdiener« irgendwann nicht mehr am Wahlkampfstand kommt.

Von Hanna Steinmüller,
Beisitzerin im Landesvorstand

ZUSAMMEN WIRD'S WAS

SOLIDARISCH UND
WELTOFFEN

Oft wird von dem Kitt gesprochen, der eine Gesellschaft zusammenhält. Doch was ist dieser Kitt eigentlich genau? Darauf gibt es viele verschiedene Antworten, und deshalb braucht es viele verschiedene Ansätze. Denn ob Jung oder Alt, Arm oder Reich, Mann oder Frau oder Nichtbinär, Person of Colour oder weiß, Hertha oder Union: Nur wenn alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt und beteiligt werden, kann eine wirklich solidarische und offene Gesellschaft entstehen.

Eine offene und bunte Gesellschaft bringt Konflikte und Auseinandersetzungen. Diese Kontroversen im gegenseitigen Respekt auszuhalten ist essentiell für gesellschaftliches Zusammenwachsen in Vielfalt. Doch dafür müssen unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebenssituationen friedlich und anregend neben- und miteinander bestehen können und Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Gelingen kann das, wenn wir Zivilcourage zeigen und wenn wir gemeinsam Verantwortung sowohl für das eigene Wohl als auch das der Anderen übernehmen. Und wenn wir Diskriminierungen auch dann bekämpfen, wenn sie sich gegen andere richten. Um es deutlich zu sagen: Freiheit allen friedlichen Lebensentwürfen, aber Kampf den unterdrückerischen Strukturen und (Denk-)Systemen.

FREIHEIT ALLEN FRIEDLICHEN LEBENSENTWÜRFEN, ABER KAMPF DEN UNTERDRÜCKERISCHEN STRUKTUREN.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land, doch Deutschland ist auch ein ungleiches Land. Insbesondere die Spaltung zwischen Arm und Reich treibt viele um. Sie verstehen nicht, warum zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzen dürfen, während gleichzeitig jedes fünfte Kind in Armut aufwächst, die Altersarmut rasant zunimmt und sich immer mehr Menschen kein angemessenes Dach über dem Kopf leisten können. Eine Gesellschaft erreicht aber nur sozialen Frieden, wenn der Wohlstand eines Landes allen zugutekommt. Deshalb müssen auskömmliche Einkommen für alle gesichert und Lohnungerechtigkeiten beseitigt werden.

Zusammenhalt braucht auch gerechte Chancen. Deshalb darf der Zugang zu guter Gesundheit oder Wohnraum in liebgewonnen Kiezen keine Frage des Geldbeutels sein. Und noch immer sind die Bildungschancen der Kinder viel zu stark abhängig vom Elternhaus. Jeder junge Mensch braucht Zugang zu guten Kitas, Schulen und Unis, damit alle ihr volles Potential entfalten können. Die Perspektive von jungen Menschen müssen aber auch insgesamt stärker von der Politik berücksichtigt und ihre Teilhaberechte gestärkt werden.



NINA STAHR
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin



WERNER GRAF
Landesvorsitzender
Bündnis 90/Die
Grünen Berlin

Denn egal ob Klimakrise, vermüllte Meere oder Staatsverschuldung: wenn wir von unseren Kindern erwarten, diesen Schlamassel irgendwann auszubaden, sollten wir sie schon jetzt stärker bei den Weichenstellungen für die Zukunft beteiligen.

Eine offene und solidarische Gesellschaft erfordert aber auch ausreichend Raum für Individualität. Die Freiheit für ein selbstbestimmtes Leben und persönlicher Autonomie müssen deshalb gut einbettet sein in ein solidarisches System, dass niemanden zurücklässt. Wir Grüne streiten seit unserer Gründung für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen nach ihrer Façon glücklich werden können. Damit die Würde des Menschen tatsächlich für alle unantastbar ist – unabhängig von Geschlecht, Abstammung, sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung, von Behinderung oder Alter.

Eine offene und solidarische Gesellschaft braucht Politik, die Menschen zusammenführt – egal ob jung oder alt, mit Kindern oder ohne, hier geboren oder zugewandert. Denn Zusammenhalten fällt leichter, wenn alle sich zugehörig und gerecht behandelt fühlen, die Gesellschaft mitgestalten, Verantwortung übernehmen und am Wohlstand teilhaben.

SOZIALE GARANTIE

STATT BÜROKRATIE-CHAOS

Gesellschaftlicher Zusammenhalt lebt davon, dass niemand zurückgelassen wird – besonders in Zeiten des Wandels. Die Folgen der Klimakrise und die Digitalisierung bringen große Veränderungen. Je schneller und turbulenter die Welt wird, desto wichtiger ist es für alle, Garantien zu haben, auf die Verlass ist. Nur so gehen wir als Gesellschaft gemeinsam in die Zukunft.

In der Corona-Krise können wir derzeit beobachten, welche Instrumente Verlässlichkeit schaffen und wo Menschen allein gelassen werden. Das Kurzarbeitergeld baut Brücken und sorgt bei hunderttausenden für eine gewisse Stabilität. Selbstständige, Kulturschaffende, Alleinerziehende, ältere Menschen oder Kinder fallen dagegen viel zu häufig durchs Raster. Während Tafeln dicht machten, in der Schule oder in Freizeiteinrichtungen kein Essen mehrausgegebenwerdenkonnteundSelbstständige zum Jobcenter gehen mussten, wurde der Hartz IV-

Satz nicht um einen Cent erhöht. Ältere Menschen in der Grundsicherung fallen weiter in Armut. Das Bildungs- und Teilhabepaket, das einen viel zu niedrigen Regelsatz für Kinder ausgleichen soll, kommt wegen enormer bürokratischer Hürden schon unter normalen Vorzeichen kaum bei den Kindern an. In Corona-Zeiten erst recht nicht. Und in dieser Situation bricht Familien dann auch noch das Kindergeld weg, das mit Hartz IV verrechnet wird.

All das zeigt, dass wir einen neuen Ansatz brauchen, um Menschen Garantien für ihr Leben zu geben. Dazu gehört, Hartz IV zu überwinden. Wir arbeiten für eine neue Garantiesicherung – ohne Sanktionen, mit fair berechneten Regelsätzen, ohne große bürokratische Hürden und mit einem Fokus darauf, Menschen neue Perspektiven zu eröffnen.

Selbstständige, Kulturschaffende, Alleinerziehende, ältere Menschen oder Kinder fallen viel zu häufig durchs Raster.

Das »Drei-Klassen-System« der derzeitigen Familienförderung wollen wir ablösen. Im Moment erhalten die Reichsten über die Steuer die höchste Förderung, die Mittelschicht erhält das Kindergeld, die Ärmsten nur kleingerechnete Hartz-IV-Regelsätze. Um das Chaos zu beenden wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, die automatisch ausgezahlt wird und garantiert bei den Familien ankommt.

Das Bürokratiemonster namens »Bildungs- und Teilhabepaket«, wollen wir abschaffen. Das Geld soll an die Schulen, um dort für alle, ohne Hürden, gutes Mittagessen, Unterstützung bei den Hausaufgaben und Freizeitaktivitäten anzubieten. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig Hilfe an Orten wie der Schule ist, gerade für Kinder, die zuhause weniger Unterstützung bekommen.

Für immer mehr Menschen verläuft das Leben nicht stromlinienförmig, sondern im Wechsel zwischen Anstellung, Selbstständigkeit, Weiterbildung, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen. Gerade für sie ist es wichtig, immer garantiert Teil einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung zu sein. Darum wollen wir das heutige Zwei-Klassen-System zwischen gesetzlicher und privater Versicherung mit einer Bürgerversicherung für alle ersetzen.

Und für ältere Menschen sorgen wir mit der grünen »Garantierente« dafür, dass sie oberhalb der Grundsicherung bleiben und nicht zum Sozialamt müssen. Dies gilt, wenn Menschen 30 Jahre gearbeitet und in die Rentenkassen eingezahlt, aber auch wenn sie Kinder erzogen oder Verwandte gepflegt haben, auch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Zeiten der Arbeitsunfähigkeit zählen dabei natürlich mit rein. Die Garantie ist verlässlich – das muss die Grundkonstante werden.

Ein großer Teil der sozialpolitischen Arbeit in Berlin ist, das Chaos zu ordnen, das uns derzeit mit der Gesetzgebung der Bundesregierung präsentiert wird. Kaum eine Familie ist in der Lage die Leistungen, die ihr zustehen, auch wirklich in Anspruch zu nehmen. Das Dickicht der Bürokratie ist schwer zu durchdringen. Um es zu lichten, planen wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro einzurichten – hier soll das Chaos von Bundesebene geordnet werden. Familien können gebündelt das beantragen was ihnen zusteht, vom Elterngeld über den Wohnberechtigungsschein, das Kindergeld, den Kinderzuschlag bis zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes und vielem mehr. Nicht die Familien sollen durch die Behörden wandern, sondern ein*e Sachbearbeiter*in zieht alles nötige zusammen – ein Ort, alle Leistungen.

Und wenn doch mal jemand durchs Raster fällt, dann darf die Hilfe nicht weit sein. Dazu bauen wir Netzwerke vor Ort auf, im Lebensumfeld der Menschen. Egal ob Probleme in der Schule auffallen, beim Sportverein, in der Jugendeinrichtung am Nachmittag, das Netzwerk muss so stark sein, dass der erste Hinweis das ganze System in Gang setzt.

Garantien für ein menschenwürdiges Leben und Unterstützung von starken Institutionen vor Ort, das ist unser Ziel. Wir schauen hin – niemand bleibt zurück.

Von Andreas Audretsch,
Beisitzer im Landesvorstand

DAS NEUE MORIA IST **NOCH SCHLIMMER** ALS DAS ALTE

Unser Ziel in Europa ist der Zusammenhalt. 27 Staaten mit 450 Millionen Menschen, die sich in einer Union zusammenschließen und versuchen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Doch leider endet dieser Zusammenhalt politisch derzeit bei jenen Menschen, die als Schutzsuchende nach Europa kommen. Am deutlichsten wird dieser Widerspruch in den griechischen Flüchtlingslagern, wo zehntausende Menschen seit Jahren in unwürdigen Zuständen leben.

Kurz nach dem Brand in Moria flog ich nach Lesbos und sah dort Menschen, die über Tage hinweg keinen Zugang zu medizinischer Versorgung für ihre Brandverletzungen bekamen. Hilfsorganisationen wurde der Zugang zu den Brandopfern verwehrt, viele aßen und tranken tagelang nichts. Die Polizisten setzten Tränengas gegen Männer, Frauen und sogar Kinder ein.

Eine Woche nach dem Brand wurde dann ein neues Moria errichtet, in dem die Bedingungen noch schlimmer als im Alten sind. Die Menschen wurden auf einem ehemaligen Schießübungsplatz untergebracht. Der Boden dort ist wahrscheinlich verseucht und ein Hygienekonzept gibt es genauso wenig wie Duschen oder Schulbildung für Kinder.

Menschen, die mit Corona infiziert sind, wurden mit anderen, die als Verdachtsfälle gelten, hinter Stacheldraht eingesperrt. Das ganze Camp steht am Meer auf einem Landstrich, der im Winter zumindest zu Teilen überschwemmt wird.

Diese Zustände sind kein Betriebsunfall, sondern die Konsequenz der Arbeit von europäischen Regierungen, die auf Abschreckung durch Elendslager und gefährliche Fluchtrouten über das Mittelmeer setzen, statt auf Rechtsstaatlichkeit und Humanität. Geflüchtete werden an den europäischen Außengrenzen rassistisch entrechtet. Das ist die traurige Realität.

Die EU-Institutionen arbeiten momentan an einem neuen Asyl- und Migrationspakt für Europa. Der Prozess steckt erst in den Anfängen, aber es ist eine weitere Verschlechterung des europäischen Asylrechts zu befürchten. Die deutsche Bundesregierung befürwortet es offenbar, dass Schutzsuchende künftig im Rahmen von Grenzverfahren in haftähnlichen Massenlagern abgefertigt werden. Sie wollen schlimme Bedingungen in Elendslagern offenbar nicht verhindern, sondern sie zur neuen Normalität machen.

Es ist unsere Aufgabe, das nicht zuzulassen.

Von Erik Marquardt, MdEP

INKLUSION EINE QUERSCHNITTAUFGABE

**Rund 10 %
aller Menschen in
Berlin leben mit einer
Behinderung**

Rund 10 % aller Menschen in Berlin leben mit einer Behinderung. Um ihre Rechte als gleichberechtigte Mitbürger*innen in allen Lebensbereichen wahrnehmen zu können, brauchen sie Unterstützung, spezifische Hilfsmittel und Zugänge und vor allem den Abbau behindernder Lebensbedingungen. Je nach Unterstützungsbedarf muss Barrierefreiheit ganz unterschiedlichen Bedarfen gerecht werden. Während mobilitätseingeschränkte Personen z.B. Rampen und Lifte benötigen, brauchen Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen Blindenschrift oder Gebärdensprache. Für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen sind Informationen in Leichter Sprache unumgängliche Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation.

Barrierefreiheit als Zugangsvoraussetzung ist jedoch nur ein Aspekt. Nach wie vor existieren umfangreiche strukturelle Defizite. Dabei geht es nicht nur um Nachholbedarf auf der Gesetzesebene, sondern auch um fehlende Ressourcen zur Herstellung von Chancengleichheit, z.B. in der Schule oder im ersten Arbeitsmarkt, sowie um Haltungsfragen. Bei der politischen Willensbildung sind Menschen mit Behinderung massiv unterrepräsentiert, ob in Parteien, Parlamenten oder der Regierung. Der Landesverband Lebenshilfe Berlin e.V. beschäftigt seit Jahren einen Selbstvertreter als Stimme der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, der eng mit dem ehrenamtlichen Vorstandsmitglied Christian Specht, ebenfalls Selbstvertreter, kooperiert.



Ohne die Perspektive von Selbstvertreter*innen, also die Partizipation von Menschen mit Behinderung, kann Inklusion nicht gelingen. Hinzu kommt das Phänomen der Intersektionalität, wenn mehrere Diskriminierungsmerkmale zusammentreffen und Inklusion durch zusätzliche Faktoren behindern. Folgerichtig muss Inklusion gesamtgesellschaftliche Prozesse im Blick haben und als Querschnitt-Aufgabe betrachtet werden. Die Lebenshilfe Berlin hat daher die Position der Beauftragten für eine inklusive Stadtgesellschaft geschaffen und mit Fatoş Topaç (Bündnis 90/Die Grünen) besetzt, um gemeinsam mit ihr Berlin zu einer Stadt für alle zu entwickeln.

Von Christiane Müller-Zurek,
Lebenshilfe Berlin e.V.

DAS ALTER IST **BUNT UND VIELGESTALTIG**

Gesellschaftlicher Zusammenhalt setzt ein gutes Zusammenleben aller Generationen voraus. Dazu braucht es neue Formen des Zusammenlebens und eine altersgerechte Infrastruktur. Nicht nur um Einsamkeit vorzubeugen, sondern auch um Erfahrungen und Wissen der älteren Generation zu sichern. Deshalb ist neben einer besseren Versorgung älterer Menschen auch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben wichtig.

Sinnvoll ist dabei eine Unterscheidung zwischen den Altersgruppen der Älteren; denn immerhin beträgt die Lebensspanne in der nachberuflichen Phase heute gut dreißig Jahre. Beim zivilgesellschaftlichen Engagement spielen die jungen Älteren eine überragende Rolle. Das zeigte sich u. a. im großen Engagement vieler nach 2015, als Geflüchtete in großer Zahl Unterstützung benötigen haben. Auch die Arbeit im Umwelt- und Klimaschutz, in Vereinen und Parteien könnte ohne das zivil- und bürgerschaftliche Engagement vieler Rentner*innen kaum aufrechterhalten werden. Dieses Engagement sollte verstärkt unterstützt werden, z. B. durch kostenlose Weiterbildungsangebote.

Ab dem Alter von etwa Mitte 70 beginnt eine stärkere Ausdifferenzierung: während die einen noch Sozialunternehmen wie das »Silbernetz« gründen, haben die anderen mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Hier kommt es vor allem auf aktive Bezirksverwaltungen an. Sie sollten alles daran setzen, die Teilhabe von älteren Menschen solange es geht aufrechtzuerhalten. Hierzu gehören insbesondere wohnortnahe Fitness-Angebote, Nachbarschaftstreffpunkte und Gesundheitszentren, die Angebote in der Nähe ermöglichen. Im eigenen Kiez weiterhin selbstbestimmt leben zu können ist der beste Schutz vor Vereinsamung und Pflegebedürftigkeit im höheren Lebensalter.

Von Hochaltrigkeit sprechen wir heute ab etwa 85 Jahren. Hier beginnt die Häufigkeit von Pflegebedürftigkeit zu steigen. Doch selbst in der Gruppe der 85–90-jährigen beträgt die Quote nur 44 Prozent. Die anderen gut 50 Prozent reisen noch gerne, gehen regelmäßig schwimmen und halten nach Möglichkeit Kontakt mit Nachbarn, Angehörigen und Freund*innen. Wie aktiv Menschen in dieser Altersgruppe noch sind, hängt oft von ihrem früheren Arbeitsleben ab. So wissen wir, dass viele ältere Menschen dann früher pflegebedürftig werden, wenn sie körperlich schwere Arbeiten zu erledigt hatten.

Menschen im höheren Lebensalter benötigen Unterstützung bei der Aufrechterhaltung von Kontakten, Weiterbildungsangebote zur Nutzung von digitalen Medien und manchmal auch Hilfe beim Einkaufen und Reinigen der Wohnung. Eine solidarische Gesellschaft darf sie dabei nicht allein lassen, sondern muss den Austausch zwischen den Generationen als Gewinn für alle begreifen.

Von Antonia Schwarz



WIE **MILIEUSCHUTZ ZUSAMMENHALT SICHERN KANN**

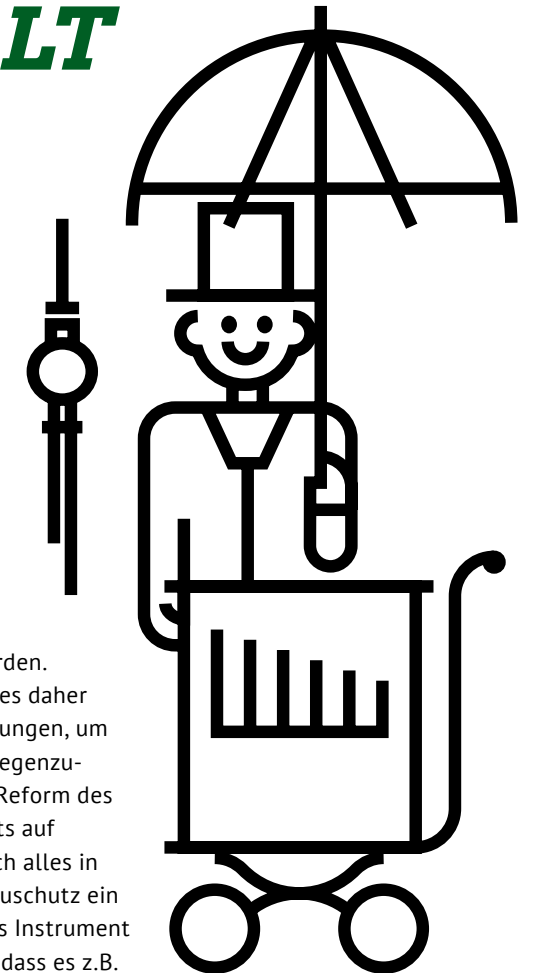
Der rasante Anstieg von Miet- und Bodenpreisen hat nicht nur Auswirkungen für die Wohnungssuchenden, sondern auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Sowohl in den Kiezen, die massiv von Verdrängung bedroht sind, als auch dort, wohin in die Menschen notgedrungen ausweichen. Unser Zusammenleben verändert sich zudem nachhaltig wenn kleine Läden schließen und die Nahversorgung nicht mehr gesichert ist. Aber Stadt als gelebter sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von heute auf morgen.

Neben Mietendeckel und Mietpreisbremse ist der Milieuschutz nach § 172 des Baugesetzbuchs dabei ein wirksames Mittel, um problematischen Entwicklungen in Stadtstrukturen entgegenzuwirken. »Milieuschutz« bedeutet dabei, dass Stadtteile und Kieze zusammenhängende »Biotope« aus Bewohner*innen und ihrem Umfeld bilden. Läden, Kneipen, Restaurants, ärztliche Versorgung und sportliche Angebote müssen zu den Bedürfnissen der Bewohner*innen passen. Ein lokales Angebot an Schulen, Kitas, Parks, Spielplätzen, Nachbarschaftstreffs und Kiezkultur ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und interkulturellen Austausch für alle Altersgruppen.

Allerdings schützt der Milieuschutz keine einzelnen Personen, Gewerbetreibenden oder Träger – er schützt allein das »Biotop« und die (baulichen) Strukturen. So können Luxusmodernisierungen untersagt und Modernisierungen begrenzt werden, um gut nutzbare Grundrisse zu erhalten und Mietanstiege zu dämpfen. Außerdem kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

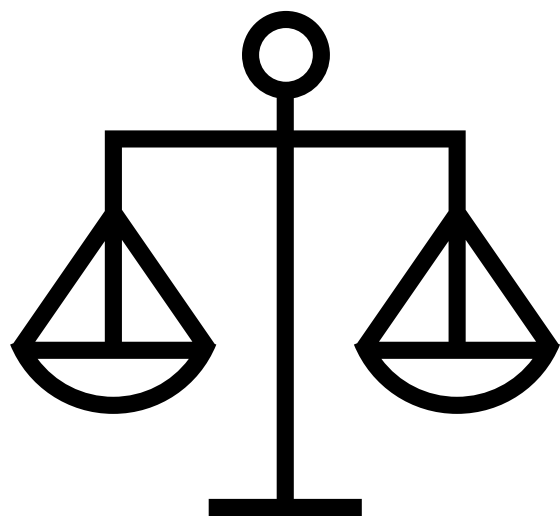
eingeschränkt werden. Zusätzlich bedarf es daher weiterer Anstrengungen, um Verdrängung entgegenzuwirken, wie einer Reform des Gewerbemietrechts auf Bundesebene. Doch alles in allem ist der Milieuschutz ein äußerst wertvolles Instrument – und wir wollen, dass es z. B. durch vollständige Umwandlungsverbote weiter geschärft wird, um bestehenden Wohnraum und funktionierende Kieze noch wirkungsvoller zu schützen.

Von Susanne Jahn und Martin Reents
für die LAG Planen Bauen Wohnen
Stadtentwicklung



DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN

Gesellschaftlicher Zusammenhalt hat immer auch mit der Frage zu tun, wer an Entscheidungen beteiligt ist. Welche Lebensrealitäten werden mitgedacht, wenn ein neues Gesetz entsteht? Welche Erfahrungen werden berücksichtigt, wenn eine juristische Überprüfung dieser Gesetze erfolgt? Und welche Sichtweisen fließen ein, wenn zentrale Innovationen für die Zukunft entwickelt werden? Und welche nicht? Die niedrigen Frauenanteile in Parlamenten und Rathäusern, aber auch in Dax-Vorständen und Gerichten zeigen es: Viel zu häufig entscheiden überwiegend Männer über Aspekte von gesamtgesellschaftlicher Tragweite. Viel zu häufig bleiben die Perspektiven von Frauen außen vor. Das wollen wir ändern!



»Die Hälfte der Macht den Frauen!« – das ist unser urgrüner Anspruch, deshalb ist bei Wahlen jeder zweite Listenplatz für Frauen reserviert. Doch politischer Nachwuchs fällt bekanntlich nicht vom Himmel. Gerade in der Kommunalpolitik, oft der Ausgangspunkt für politische Laufbahnen, gibt es nach wie vor zu wenige Frauen. Zwar interessieren sich viele für kommunalpolitische Themen, im Vergleich zu Männern sind Frauen aber häufig weniger vernetzt, es fehlt ihnen an Vorbildern und viele stemmen neben dem Beruf noch die Familienarbeit zuhause.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie viel Spaß Kommunalpolitik machen kann. Und dass das geht: Beruf, Politik und Familie. Deshalb möchte ich alle Frauen, die sich ernsthaft für eine BVV-Kandidatur interessieren, ausdrücklich zu diesem Schritt ermutigen. Gemeinsam mit Ina Rosenthal, der frauenpolitischen Sprecherin im Landesvorstand, haben wir dazu ein eigenes Förderprogramm aufgesetzt.

Bereits zweimal stattgefunden hat das Format »Komm' ma rin! Frauen.Können.Kommunal«. Diese digitalen Schnupperstunden mit erfahrenen grünen Kommunalpolitikerinnen stießen auf riesiges Interesse. Weitere Angebote sind geplant: für gezielte Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Wissensvermittlung. Parallel dazu schulen wir so genannte Weitersteigerinnen. Das sind Frauen, die bereits in den Kreisverbänden aktiv sind und konkret ein BVV-Mandat anstreben. Eine gute Rede schreiben, selbstbewusst auftreten, treffsicher argumentieren: Das alles sind Fähigkeiten, die sich lernen lassen. Für Direktkandidatinnen zur Abgeordnetenhauswahl bieten wir zusätzlich ein spezielles Kandidatinnentraining. Denn wir wollen den Frauen nicht nur Listenplätze reservieren – wir wollen sie empowern, ihr Mandat dann auch mit viel Durchschlagskraft und Frauenpower auszuüben.

Von Nina Stahr

ZUSAMMENHALT IN VIELFALT

Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig, nicht nur in Berlin. Diversität ist dabei ein Gewinn für die Gesellschaft, die vom Austausch unterschiedlicher Perspektiven enorm profitieren kann. Das ist nicht immer einfach, aber es lohnt sich. Nur wenn es uns gelingt, niemanden zurückzulassen, kann Zusammenhalt in Vielfalt entstehen.

Damit dies gelingen kann, muss der von Rot-Rot-Grün in Berlin eingeschlagene Weg beherzt weiterverfolgt werden. Unser bundesweit einmaliges Landesantidiskriminierungsgesetz schließt Schutzlücken bei Diskriminierungen durch hoheitliches Handeln, erleichtert die Beweislast und gibt den Betroffenen Ansprüche auf Schadensersatz.

Berlin ist damit zur Vorreiterin einer offenen Gesellschaft geworden. Doch das reicht noch lange nicht aus. Es gilt nun das Partizipationsgesetz zu erneuern und mit einer Enquete Kommission alle Berliner Strukturen und Institutionen auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen den Mut haben als Stadt Berlin, uns kritisch zu betrachten und diskriminierende Strukturen zu beseitigen. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass in allen Institutionen und Verwaltungen eine bunte Vielfalt gewährleistet wird.

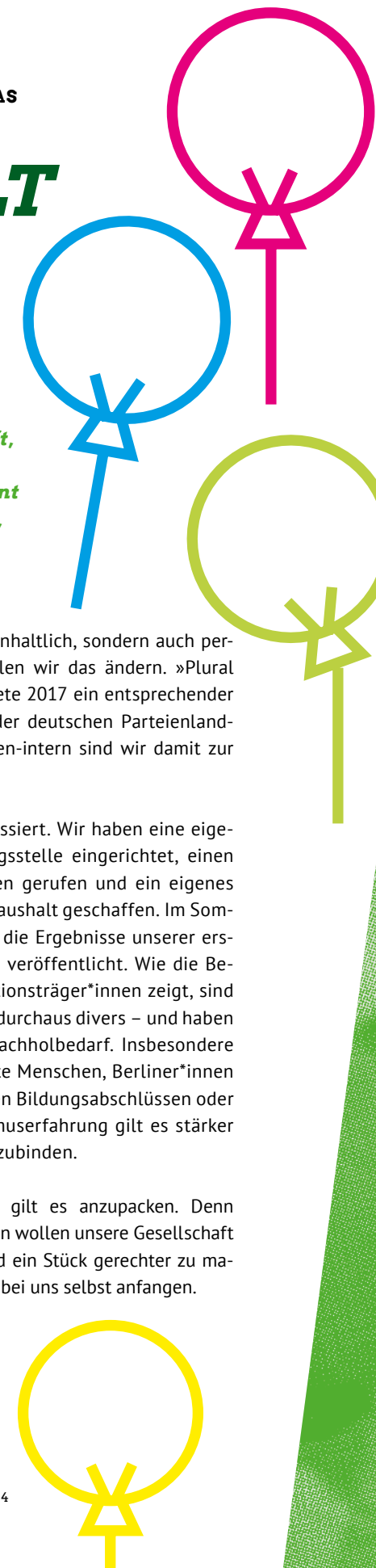
Maßstäbe, die wir an andere und an den Staat legen, müssen aber auch für die eigene Partei gelten. In der Politik bildet sich die gesellschaftliche Vielfalt noch immer nicht genug ab. Die viral gegangenen Bilder der von alten weißen Männern dominierten Führungsetage des Bundesinnenministerium ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Viele Berliner*innen, gerade die aus gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, sehen sich deshalb mit ihren besonderen Erfahrungen und Perspektiven nicht ausreichend

vertreten – nicht nur inhaltlich, sondern auch personell. Als Grüne wollen wir das ändern. »Plural nach vorne« – so lautete 2017 ein entsprechender Beschluss. Innerhalb der deutschen Parteienlandschaft und auch Grünen-intern sind wir damit zur Vorreiterin geworden.

Seitdem ist einiges passiert. Wir haben eine eigene Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, einen Diversity-Rat ins Leben gerufen und ein eigenes Diversity-Budget im Haushalt geschaffen. Im Sommer haben wir zudem die Ergebnisse unserer ersten Diversity-Umfrage veröffentlicht. Wie die Befragung unserer Funktionsträger*innen zeigt, sind wir an einigen Stellen durchaus divers – und haben an anderen starken Nachholbedarf. Insbesondere ostdeutsch sozialisierte Menschen, Berliner*innen mit nicht-akademischen Bildungsabschlüssen oder Menschen mit Rassismuserfahrung gilt es stärker anzusprechen und einzubinden.

Diesen Nachholbedarf gilt es anzupacken. Denn wenn wir dazu beitragen wollen unsere Gesellschaft zusammenzuhalten und ein Stück gerechter zu machen, dann müssen wir bei uns selbst anfangen.

Von Werner Graf



KULTURSZENE IN NOT

Das Verbot kultureller Veranstaltungen und die eingeschränkte Wiederbelebung ab Sommer bedrohen die Existenz von Künstler*innen und Kulturschaffenden nicht nur, sondern drängt viele von ihnen in die Grundsicherung. Bereits im Juni zeichnete sich ab, dass 90% der Aufträge bis Dezember auf Grund der Pandemie abgesagt wurden und 50% der Befragten bereits von einer Existenzbedrohung sprachen. Soforthilfen für Soloselbständige milderten die finanzielle Not etwas ab, doch die Landeskassen waren schnell erschöpft.

Dabei gibt es finanzielle Einbußen nicht nur durch den Ausfall von Veranstaltungen. In der Literaturbranche beispielsweise leiden Autor*innen auch darunter, dass viele Verlage für den Herbst geplante Neuerscheinungen ins Jahr 2021 verschoben haben. Einige Autor*innen warten nun Monate auf die geplanten Einnahmen. Solche Programmänderungen haben finanzielle Auswirkungen bis ins Jahr 2022.

Auch die Raumnot der Szene verschärft sich in der Pandemie, denn wenn Mieten nicht mehr gezahlt werden können und es keinen Mietausfallfonds gibt, sind viele Ateliers, freie Theaterbühnen oder Projekträume unwiederbringlich verloren.

Es braucht nun ein adäquates Konjunkturprogramm, das freischaffende Künstler*innen unterstützt, Räume absichert und damit die Grundlage für ein vielfältiges Kulturangebot schafft, das auch in der Zeit der Pandemie stattfinden kann. Dazu gehören auch neue Kulturformate, die flexibel und kreativ mit den veränderten Bedingungen umgehen und (neben dem digitalen) auch den urbanen Raum mit seinem Potential nutzen. Hier sind Ideen gefragt, die den Stadtraum als Ausgangspunkt der künstlerischen Praxis begreifen, um den Kulturstandort Berlin wiederzubeleben und zu schützen.

Welchen Platz die Kultur in der viel besprochenen neuen Realität einnimmt, wird auch durch grüne Kulturpolitik mitentschieden.

Von Jennifer Bode,
Laura Groschopp,
Chris. H.-Benedict,
Kerstin Quitsch für
die LAG Kultur

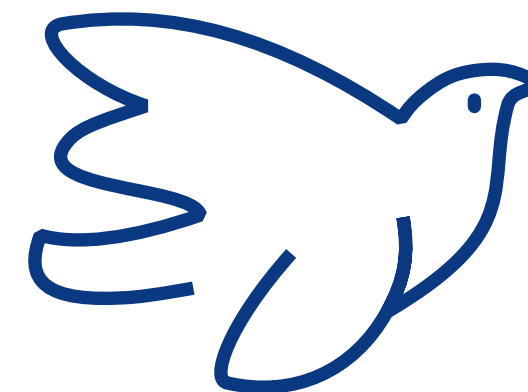
-90%

**DER AUFTRÄGE BIS
DEZEMBER
AUF GRUND DER PANDEMIE**

Quellen:
Umfrage der Koalition der Freien
Szene Berlin zur Situation
freier Künstler*innen und
Kulturschaffender, Auswertung
Stand 19.08.2020



BERLIN FÜR FAIR-TRADE, NACHHALTIGKEIT UND FRIEDEN



BERLINER FRIEDENSFORUM

ALS ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR DEN AUSTAUSCH
ÜBER KRISENPRÄVENTION UND
FRIEDENSFÖRDERUNG

Die Weltstadt Berlin ist historisch, aber auch aktuell ein Ort, an dem stärker als in jeder anderen Stadt in Deutschland internationale Politik gemacht wurde und wird. Was hier entschieden wurde, hat oftmals die ganze Welt bewegt. Wir von der LAG Frieden & Internationales wollen zeigen, dass Berlin für beides steht: für den Ursprung furchtbarer Weltkriege, aber auch für die friedliche Überwindung des Eisernen Vorhangs.

Jedes Jahr kommen Millionen Tourist*innen in diese Stadt, um direkt vor Ort etwas über die historische Rolle Berlins zu lernen. Darum sollte Berlin seiner globalen Verantwortung gerecht werden, die auch zahlreiche originär grüne Politikfelder betrifft: z.B. das Eintreten für konsequenten Klimaschutz, die Arbeit an einem postkolonialen Selbstverständnis, aber eben auch ein Werben für die Erfolge globaler und lokaler Friedensarbeit. Kriegerdenkmäler gibt es immer noch zuhauf – man denke nur an die »Siegessäule«, aber wo stehen die Friedensdenkmäler?

Einen Anfang machte die Auszeichnung Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018. Dazu kam das Berliner Einzelwelt-Zentrum »Berlin Global Village« als Begegnungsort. Dort wird durch viel zivilgesellschaftliches Engagement und finanzielle Unterstützung, auch vom Land Berlin, das Bewusstsein für die globalen Zusammenhänge von Menschenrechten und Nachhaltigkeit vorangebracht.

Eine gute Ergänzung dazu wäre die Schaffung eines »Berliner Friedensforum« als zentrale Anlaufstelle für den Austausch über Krisenprävention und Friedensförderung. Unsere LAG Frieden & Internationales schlägt daher vor, einen Ort hier in unserer Stadt einzurichten, an dem die vielfältigen Erfolge von Friedensarbeit stärker als bisher sichtbar gemacht werden und die Bildungsarbeit dazu vorangebracht wird.

Von Juliana Wimmer,
Friedel Grützmaker, Melanie Müller
für die LAG Frieden & Internationales

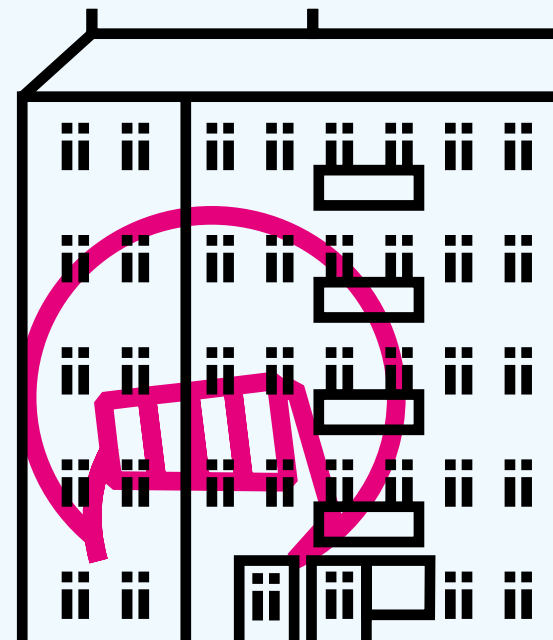
DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN

LASST ES UNS ZUR REALITÄT MACHEN!

Als am 9. Oktober mit einem massiven Polizeiaufgebot das Haus der Liebigstraße 34 geräumt wurde, war dies der vorerst letzte Höhepunkt einer sich immer stärker abzeichnenden Entwicklung hier in Berlin: Das Verschwinden linker Freiräume. Allein in den letzten Jahren sind mit dem Syndikat, dem Drugstore, der Friedel54 und der Liebig14 zahlreiche alternative Orte geräumt worden. Trotz grüner Regierungsbeteiligung und einer rot-rot-grünen Koalition konnte dies nicht verhindert werden! Dabei sind diese Freiräume so wichtig für die Kieze und die Menschen dieser Stadt. Es sind Orte der Politisierung, der Kampagnenplanung und der Vernetzung.

2016 sind wir Grünen mit dem Wahlversprechen angetreten den Ausverkauf der Stadt zu stoppen. Doch auch wenn wir einiges verbessert haben, ist uns die Trendwende noch nicht gelungen. Das Ziel muss sein, dass nie wieder ein Haus geräumt wird. Nie wieder von 2.000 Polizist*innen, wie es bei der Räumung der Liebig34 geschehen ist und erst recht nicht in Zeiten einer globalen Pandemie! So lange die Kapitalinteressen einzelner Unternehmen wichtiger sind als die Belange der Menschen, die in den Häusern wohnen, kann etwas nicht stimmen. Wir müssen daher langfristige Konzepte entwickeln, wie wir linke Freiräume (und alle anderen auch!) besser vor Verdrängung schützen können. Sowohl im Land als auch im Bund müssen wir an allen entscheidenden Stell-schrauben drehen!

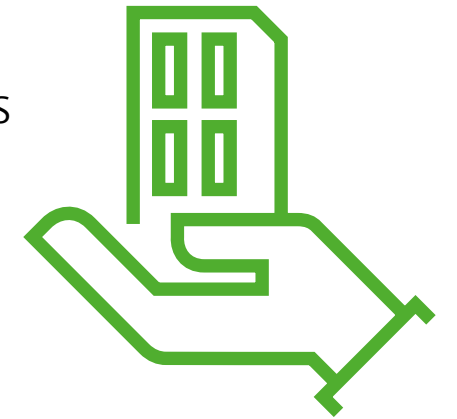
Für die oben genannten Orte kommen diese Konzepte zu spät. Doch sind wir es ihnen schuldig, alles in unserer Macht stehende zu tun, um zumindest weitere Räumungen zu verhindern. Gerade als Grüne Partei müssen wir unser eigenes Regierungshandeln immer wieder kritisch hinterfragen und reflektieren, ob wir tatsächlich alle Mittel ausgeschöpft haben, um alternative Orte zu verteidigen. Denn ein Berlin ohne linke Freiräume möchten wir uns gar nicht vorstellen.



Von Annka Esser, Justus Zimmermann, Lennard Gottmann und Lotte Mohren für die Grüne Jugend

GEGEN DEN AUSVERKAUF DER STADT

DIE NEUERFINDUNG DES VORKAUFSRECHTS



Die konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts ist ein wichtiger Baustein eines Mietmarktes, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Spekulation mit Wohnraum. Es war der ehemalige grüne Baustadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg Hans Panhoff, der im Jahr 2015 zum ersten Mal das Vorkaufsrecht erfolgreich nutzte. Durch den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag wurde die Ausübung des bundesrechtlich verankerten Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten 2016 zu einem Standardverfahren und seitdem in einigen Bezirken eingesetzt.

Wenn ein Bezirk mit dem Vorkaufsrecht droht, haben die Käufer*innen und Investor*innen zunächst die Möglichkeit durch die Verpflichtung auf soziale Standards das Vorkaufsrecht abzuwenden. Wenn dies nicht gelingt, können die Bezirke mit Hilfe des Landes und der landeseigenen Wohnungsunternehmen das Vorkaufsrecht ausüben. Alleine bis Ende 2019 wurden in Berlin etwa 1.800 Wohnungen der Spekulation entzogen und für über 3.800 Wohnungen Abwendungsvereinbarungen erzielt, welche die Mieter*innen für 20 Jahre vor Verdrängung schützen können.

VORKAUFSRECHT WEITERENTWICKELN – SOLIDARISCH UND GEMEINWOHLORIENTIERT

Die jetzige gesetzliche Ausgestaltung im Bundesbaugesetzbuch setzt dem Vorkaufrecht allerdings enge Grenzen. Es bleibt nur eine kurze Frist von zwei Monaten, in der die Mieter*innen informiert, Verkehrswertgutachten gemacht, Drittkäufer gefunden oder Abwendungsvereinbarungen verhandelt und erzielt werden sollen. Diese Frist und die vielen parallel laufenden Verwaltungsschritte stellen die Bezirke nicht zuletzt wegen der Personalsituation vor große Herausforderungen. Hier müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene flexibler gestaltet und Fristen verlängert werden. Außerdem brauchen wir eine Regelung, die ermöglicht, dass in angespannten Wohnungsmärkten alle Vorkäufe preislimitiert stattfinden müssen.

Aber auch der gesetzlich vorgesehene Erwerb zu Gunsten von Dritten hat neue Fragen aufgeworfen. Hier haben wir als Grüne ebenfalls Neuland betreten und durch die DIESE e.G. die ersten Vorkäufe zugunsten von Genossenschaften ermöglicht. Doch die zuvor zugesagten Zuschüsse und Darlehen der Senatsfinanzverwaltung verzögerten sich, und damit eine verlässliche Finanzierung. Hier brauchen wir klarere Verfahren, ein größeres Förderprogramm bei der IBB, Bürgschaften für einkommensschwache Haushalte und einen bezirklichen Ankaufsfond, der auch Genossenschaftsmodelle bezu-

schussen kann. Denn das Vorkaufsrecht zugunsten von Genossenschaften bleibt für uns ein wichtiger Bestandteil für den Umbau des Wohnungsmarktes hin zum Wiener Modell und kann das Versprechen der »Häuser denen, die drin wohnen« wahr werden lassen.

Wer will, dass Berlin eine gemischte Stadt bleibt, in der Arm und Reich in allen Bezirken leben, der muss gerade in den innerstädtischen Bezirken das Vorkaufsrecht nutzen.

Wir kämpfen für und mit den Mieter*innen gegen den Ausverkauf der Stadt!

Von
Katrin Schmidberger, MdA
Sprecherin für Wohnen und Mieten

Julian Schwarze, Fraktionssprecher
in der BVV Xhain

Vasili Franco, Geschäftsführender
Ausschuss KV Xhain

ROLLE STRÄWJKÜYÄ

IN REINICKENDORF

Die CDU will Fahrradpartei werden – das klingt in Reinickendorfer Ohren noch absurder als ohnehin schon. Denn die hiesige faktische Koalition aus CDU und AfD versteht sich als Bastion gegen das Mobilitätsgesetz und den »Fahrradwahn« des Senats.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wurden FahrRat und Fahrradbeauftragter, die in der letzten Legislatur von der damaligen schwarz-grünen Zählgemeinschaft geschaffen wurden, gestrichen. Der neue Mobilitätsrat verkündet gerne Planungen oder präsentiert allgemeine Themen (häufig mit Landesbezug), bezieht die NGOs aber nicht mehr systematisch in Planungen ein.

Die CDU/AfD-Mehrheit beschloss einen Antrag, dem gemäß keine Radverkehrsanlagen geschaffen werden sollen, wenn dafür PKW-Stellplätze wegfielen.

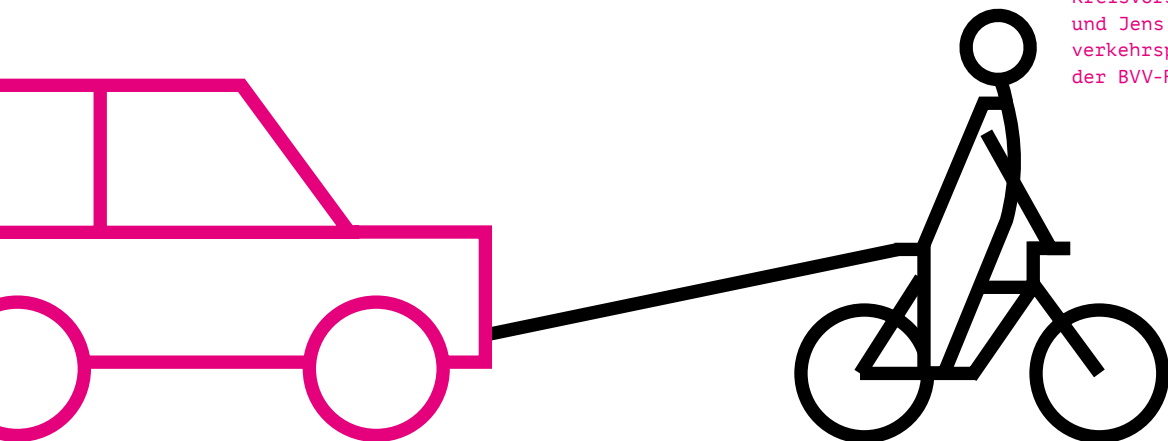
Aufgrund des öffentlichen Drucks durch Verbände und Bürger*inneninitiativen will sich das Bezirksamt dennoch als fahrradfreundlich darstellen. Zu den ohnehin mageren angeblich gut 10 km neuen Radverkehrsanlagen zählt die Stadträtin allerdings sowohl diverse Planungen der letzten Legislatur, von uns Grünen gegen anfänglichen Widerstand der CDU bzw. des Bezirksamts durchgesetzt, sowie noch in der Planung oder Umsetzung befindliche Maßnahmen. Hinzu kommt die besondere Reinickendorfer Lesart von »Radverkehrsmaßnahmen«: Diese sind meistens allgemeine Straßenausbesserungen, in deren Zuge auch Radverkehrsanlagen geschaffen bzw. modernisiert werden.

Da das Bezirksamt keine Radverkehrsplanner*innen fand, gab es mit Einverständnis der Senatsverwaltung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag – mit vorgegebenen Routen und der Prämisse, Autoverkehr nicht zu beeinträchtigen. Unsere Anträge zur Umsetzung der in der Studie empfohlenen Maßnahmen, wurden aber bislang alle von CDU und AfD abgelehnt.

Der Netzgedanke ist dem Reinickendorfer Bezirksamt grundsätzlich fremd. So sollen Radverkehrsanlagen auf Routen von äußeren Ortsteilen geschaffen werden (ohne Beeinträchtigung des Autoverkehrs) – diese enden aber im Tegeler Forst und das entscheidende Verbindungsstück nach Tegel fehlt – dafür müsste ja der Fahrbahn Platz abgeknappt werden...

So sieht die Radverkehrspolitik des Reinickendorfer Bezirksamtes aus.

Von Klara Schedlich, Kreisvorsitzende und Jens Augner, verkehrspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion



RECHTER TERROR

IN NEUKÖLLN

In Rudow, Britz und Nord-Neukölln verüben Neonazis seit Jahren Anschläge auf Menschen, die sich gegen Rassismus und Faschismus, für Demokratie, Toleranz und Geflüchtete engagieren. Mit dem rechten Terror sollen sie eingeschüchtert werden, offenkundig fühlen sich die Gewalttäter*innen ermutigt durch die Wahlerfolge der AfD.

Seit Mai 2016 hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 55 Angriffe auf Migrant*innen, Journalist*innen, Engagierte, Politiker*innen und die Zivilbevölkerung registriert. Darunter Morde und Morddrohungen, allein 14 Brandanschläge auf Autos, Stein- und Flaschenwürfe durch Fenster und andere Sachbeschädigungen sowie Bedrohungen durch Graffiti an und in Wohnhäusern. Aktuell gibt es kaum Ermittlungserfolge.

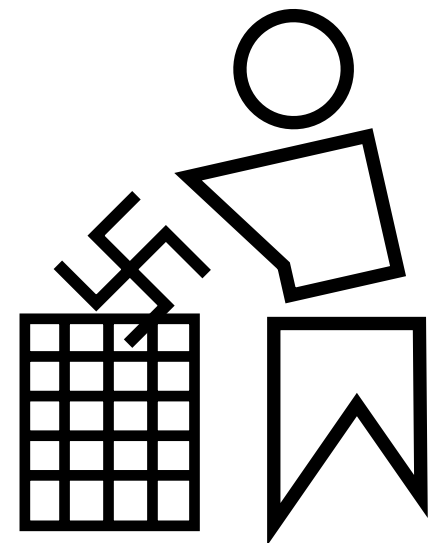
Die Anschläge sind die extremste Auswirkung einer gesellschaftlichen Debatte, die sich zunehmend nach rechts verschiebt. Neukölln widersetzt sich diesen Entwicklungen mit einem positiven Signal: Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen beteiligen sich bereits seit 2016 am Festival Offenes Neukölln. Mit Lesungen, Kiezspaziergängen, Vorträgen, Konzerten, Workshops und Gartenfesten setzen sie ein Zeichen für ein solidarisches Neukölln, das sich nicht einschüchtern lässt.

14 BRANDANSCHLÄGE 55 ANGRIFFE

auf Migrant*innen, Journalist*innen, Engagierte, Politiker*innen und die Zivilbevölkerung registriert.

Inzwischen wurde auch bekannt, dass gegen einen Polizisten, der in der ehemaligen Ermittlungsgruppe Rex tätig war, Ermittlungen wegen eines rassistischen Übergriffs laufen. So ist auch das fehlende Vertrauen der Bürger*innen begründet, die sich seit Jahren nicht von der Polizei ernst genommen fühlen und mit ihren Ängsten allein gelassen werden. Das Misstrauen ist allgegenwärtig, und wird nur bestärkt, wenn Daten ggf. an Rechte weitergegeben werden und Ermittlungserfolge lange auf sich warten lassen. Hoffnung liegen nun auf den im Oktober eingesetzten Sonderermittler*innen.

Von Carola Scheibe-Köster für den KV Neukölln



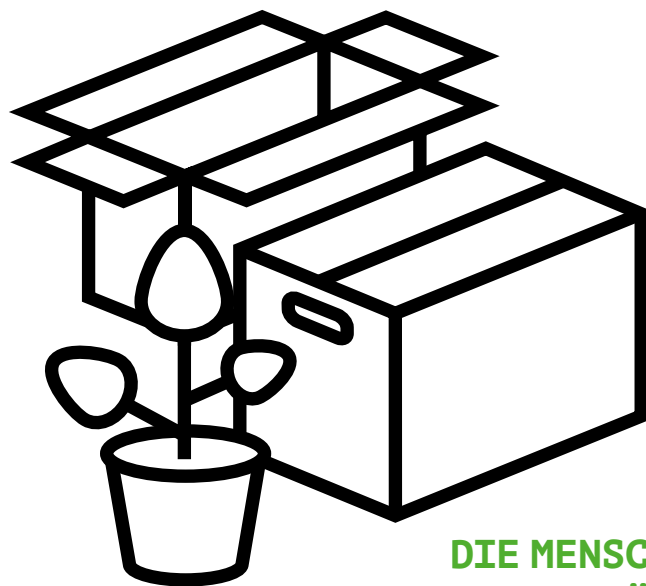
ZUSAMMENBRINGEN WAS ZUSAMMEN GEHÖRT

FÜR EIN LANDESAMT UNTERBRINGUNG

Ein zukunftsweisender Umgang mit Wohnungslosigkeit ist eines der großen ressortübergreifenden Projekte des Rot-Rot-Grünen Senats.

Unser Ziel ist es, die Zersplitterung der Zuständigkeiten zu überwinden. Denn bisher ist das Land für die Unterbringung von geflüchteten Menschen zuständig, und die Bezirke für die Unterbringung aller anderen Wohnungs- und Obdachlosen. Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und die Perspektive auf ein eigenständiges Leben, egal auf welcher Rechtsgrundlage ihre Unterbringung stattfindet.

Covid 19 hat die Probleme der aktuellen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften offengelegt und den Handlungsbedarf noch dringlicher gemacht. Wir wollen deshalb die Unterbringung und die gesamtstädtische Steuerung der Errichtung, Akquise und Belegung von Unterkünften im Landesamt für Unterbringung bündeln, inklusive Kapazitätsplanung nach spezifischem Bedarf. Künftig können dann die bezirklichen Wohnhilfen mit Hilfe eines IT-gestützten Systems, das derzeit entwickelt und erprobt wird, wohnungslose Menschen in den Unterkünften des neuen Landesamtes unterbringen. Denn die Bezirke bleiben für die Leistungserbringung für wohnungslose Menschen nach Sozialgesetzbuch zuständig.



Zentraler Gedanke ist die Bündelung der Kompetenzen in der Behörde, die in den vergangenen Jahren die Expertise für Unterbringung, Leistungserbringung, soziale Betreuung und Integration aus einer Hand aufgebaut hat: das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Das LAF hat einen Ansatz in der Unterbringung entwickelt, der die Menschen und ihre spezifischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

Über einen Rahmenvertrag, der verschiedene Module zum Betrieb einer bedarfsgerechten Unterkunftlandschaft vorhält, kann das neue Landesamt bei sich ändernden Rahmenbedingungen flexibler steuern. Beispielsweise wenn der Zuzug von geflüchteten Menschen wieder steigen sollte. Gleichzeitig besteht das Ziel, über diesen Rahmenver-

DIE MENSCHEN UND IHRE BEDÜRFNISSE IN DEN MITTELPUNKT STELLEN.

trag auch kleineren und lokal verorteten Trägern und Betreibern die Möglichkeit zu geben, ihre Unterbringungsexpertise langfristig dem Land Berlin zur Verfügung zu stellen. Klar ist auch: Wir brauchen viel mehr Mikroappartements statt Zwangs-WGs. Im neuen Landesamt kann außerdem das Generalmietemodell vorangetrieben werden. Hier tritt der Staat bzw. die öffentliche Hand als Mieter und damit als Garant auf, wodurch der Zugang zu Wohnraum gerade für Gruppen mit weniger Chancen auf dem freien Markt erleichtert wird.

Von Stefan Ziller, MdB, Sprecher für Verwaltungsmodernisierung, Digitales und Armutsbekämpfung

MITMACHEN

Parteien leben von den Menschen, die politisch aktiv sind und sie unterstützen. Wir Grünen sind stolz auf unsere Basisdemokratie und sind sicher: Du kannst etwas bewirken, mehr noch – Du machst den Unterschied!

Du kannst dich an vielen verschiedenen Stellen in der Partei einbringen.

KREISVERBÄNDE – VOR ORT AKTIV WERDEN

Unsere Kreisverbände sind das Herz unserer Partei: Hast Du Lust, Dich vor Ort zu engagieren und in Deinem Kiez etwas zu verändern? Dann schau einfach bei einem Kreisverband in Deiner Nähe vorbei. Weitere Informationen findest Du unter www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin.

GRÜNE JUGEND – JUNG, GRÜN, STACHELIG

Du denkst, dass Du zu jung für Politik bist? Stimmt nicht! Bei der Grünen Jugend Berlin findest Du viele junge Menschen, die sich politisch engagieren. Weitere Infos unter www.gj-berlin.de.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN – DIE GRÜNEN DENKFABRIKEN

Dich interessiert ein ganz bestimmtes politisches Thema? Du kennst Dich in einem Fachgebiet besonders gut aus? Dann bringe Dich mit Deinem Wissen und Deinen Ideen in unseren Landesarbeitsgemeinschaften ein. Ansprechpersonen, Termine und Aktuelles findest Du unter www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften.

GRÜNE NETZFEUERWEHR – GEMEINSAM STARK

Wir überlassen das Netz nicht den rechten Trollen und dem Hass. Du möchtest mit uns die sozialen Netzwerke gegen Rechts verteidigen und zeigen, dass demokratisch und zivilisiert diskutieren auf Facebook, Twitter und Co. möglich ist? Dann werde Teil unserer grünen Netzfeuerwehr unter www.gruene.de/netzfeuerwehr.

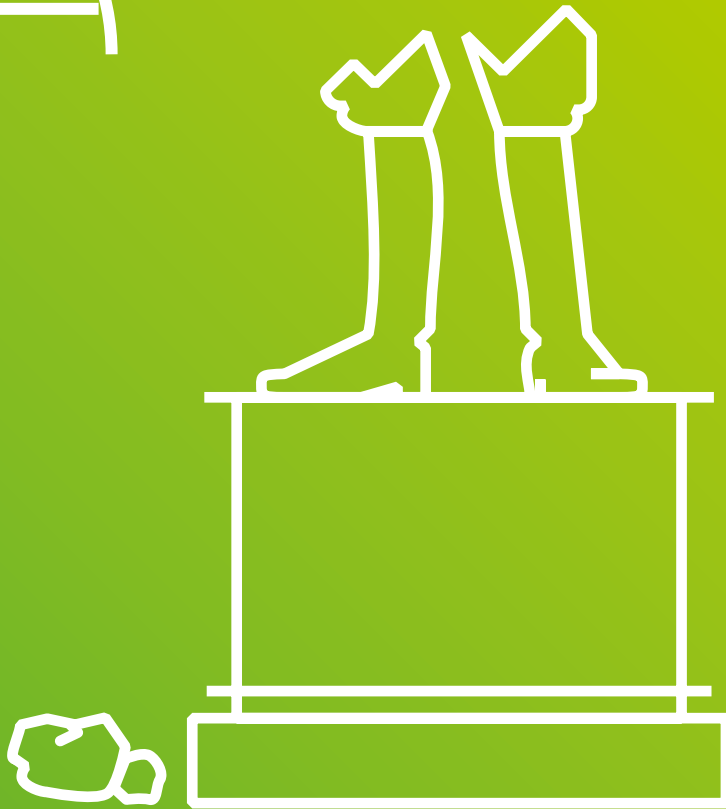
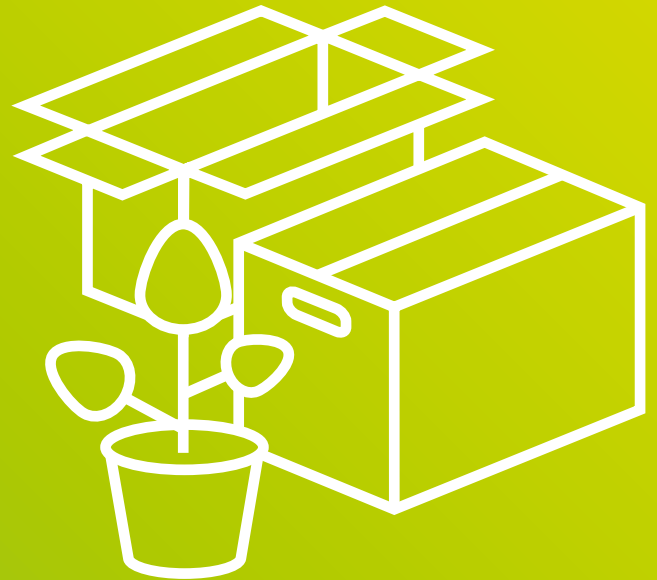
Wir arbeiten derzeit zu folgenden Themen:

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- › Bildung
- › Bündnisgrüne Christinnen
- › Demokratie und Recht
- › Digitales und Netzpolitik
- › Drogenpolitik
- › Energie Berlin-Brandenburg
- › Europa Berlin-Brandenburg
- › Frauen* und Gender
- › Frieden & Internationales
- › Gesundheit und Soziales
- › Kultur
- › Medien
- › Migration und Flucht
- › Mobilität
- › Planen Bauen Wohnen
- › Stadtentwicklung
- › QueerGrün
- › Säkulare Grüne
- › Sport
- › Tierschutzpolitik
- › Umwelt
- › Wirtschaft & Finanzen
- › Wissenschaft

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- › Aktiv gegen Rechts
- › Bunt-Grün
- › Ernährung und Landwirtschaft
- › Gewerkschaftsgrün
- › Grundsicherung/Grundeinkommen
- › Kinder Jugend Familie
- › Verbraucherschutz



IMPRESSUM

12/2020, 42. Jg., Nr. 204

HERAUSGEBERIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80 | 10117 Berlin

(U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0 | F. (030) 61 50 05-99

E. info@gruene-berlin.de

www.gruene.berlin

[facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin)

twitter.com/gruene_berlin

[instagram.com/gruene_berlin](https://www.instagram.com/gruene_berlin)

REDAKTION

Johannes Frericks (V.i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die einzelnen Beiträge der Autor*innen geben die Meinung der jeweiligen Verfasser*innen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion. Lesebriefe bitte per E-Mail senden an stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Klaus Günther

www.grossstadtzoo.de

TITELFOTO

© Aaron Blanco Tejedor | unsplash